

Bundesgesetzblatt ¹⁸⁷³

Teil II

G 1998

2002

Ausgegeben zu Bonn am 21. August 2002

Nr. 31

Tag	Inhalt	Seite
16. 8. 2002	Gesetz zu dem Vertrag vom 19. September 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen GESTA: XB005	1874
16. 8. 2002	Gesetz zu den Änderungen vom 15. Juni 1999 des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten und zu dem Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zu diesem Übereinkommen GESTA: XB009	1882
16. 8. 2002	Gesetz zu dem Abkommen vom 10. November 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung schiffahrtspolizeilicher Aufgaben auf dem deutsch-französischen Rheinabschnitt GESTA: XJ027	1891
4. 7. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen	1897
11. 7. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung	1899
11. 7. 2002	Bekanntmachung des deutsch-tschechischen Abkommens über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen	1899
17. 7. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung	1903
18. 7. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	1907
23. 7. 2002	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Southern Africa Development Community (SADC) über Finanzielle Zusammenarbeit	1910
24. 7. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Gemeinschaftsproduktion von Kinofilmen	1911
24. 7. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Allgemeinen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates sowie des Zusatzprotokolls zu diesem Abkommen	1912

Gesetz
zu dem Vertrag vom 19. September 2000
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen

Vom 16. August 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 19. September 2000 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Aufwendungen, die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland bei Hilfeleistungen in der Tschechischen Republik entstehen, trägt

1. der Bund, soweit das Bundesministerium des Innern Hilfe zugesagt hat,
2. das jeweilige Land, soweit das Innenministerium des Landes Hilfe zugesagt hat; landesrechtliche Bestimmungen über die Kostentragung innerhalb des Landes bleiben unberührt.

(2) Absatz 1 gilt für Artikel 3 Abs. 3 des Vertrags entsprechend.

(3) Bei Aufwendungen, die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland in den Fällen des Artikels 9 Abs. 2 bis 4 des Vertrags entstehen, richtet sich die Kostenträgerschaft danach, ob die jeweilige Hilfsmaßnahme in den Aufgabenbereich des Bundes oder eines Landes fällt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 17 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 16. August 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister des Innern
Schily

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen
und schweren Unglücksfällen

Smlouva
mezi Spolkovou republikou Německo
a Českou republikou
o vzájemné pomoci při katastrofách
a velkých haváriích

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Tschechische Republik –

Spolková republika Německo
a
Česká republika –

in der Absicht, einen Beitrag zur Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen in Europa zu leisten,

s úmyslem přispět k rozvoji dobrých sousedských vztahů v Evropě,

eingedenk des Abschließenden Dokuments des Dritten Folgetreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Wien vom 15. Januar 1989 und des Helsinkidokuments vom 10. Juli 1992,

majíce na paměti závěrečný dokument třetí následné schůzky Konference o bezpečnosti a spolupráci v Evropě přijatý ve Vídni dne 15. ledna 1989 a dokument přijatý v Helsinkách dne 10. července 1992,

in Übereinstimmung mit dem Artikel 17 des Vertrags vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

v souladu s článkem 17 Smlouvy mezi Spolkovou republikou Německo a Českou a Slovenskou Federativní Republikou o dobrém sousedství a přátelské spolupráci z 27. února 1992,

überzeugt von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen zu erleichtern –

přesvědčeny o nutnosti spolupráce s cílem usnadnit vzájemnou pomoc při katastrofách a velkých haváriích –

sind wie folgt übereingekommen:

se dohodly takto:

Artikel 1
Gegenstand des Vertrags

Dieser Vertrag regelt die Bedingungen der freiwilligen Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates. Die Hilfe wird auf Grund eines Hilfeersuchens gewährt.

Článek 1
Předmět smlouvy

Tato smlouva upravuje podmínky dobrovolného poskytování pomoci při katastrofách a velkých haváriích na území druhého smluvního státu. Pomoc se poskytuje na základě žádosti o poskytnutí pomoci.

Artikel 2
Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Vertrags bedeuten die Begriffe

- a) „hilfeersuchender Staat“: der Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden um Hilfeleistung ersuchen;
- b) „hilfeleistender Staat“: der Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden einem Ersuchen um Hilfeleistung stattgeben;
- c) „Hilfsmannschaft“: eine Gruppe von Personen unter einem bestimmten Leiter, die mit ihren Ausrüstungsgegenständen zur Hilfeleistung in den hilfeersuchenden Staat entsandt wird;
- d) „Ausrüstungsgegenstände“: das Material, die technischen Mittel, die Transportmittel, Rettungshunde, die persönliche Ausstattung und die Güter für den Eigenbedarf (Betriebsgüter);
- e) „Hilfsgüter“: Gegenstände, die zur Linderung der Folgen von Katastrophen und schweren Unglücksfällen oder zur kostenlosen Verteilung unter der Bevölkerung bestimmt sind;
- f) „Transitstaat“: der Vertragsstaat, dessen Hoheitsgebiet von Hilfsmannschaften oder einzelnen Fachkräften durchquert

Článek 2
Vymezení pojmů

Ve smyslu této smlouvy znamenají pojmy:

- a) „stát žádající o pomoc“ ten smluvní stát, jehož příslušné orgány žádají o poskytnutí pomoci,
- b) „stát poskytující pomoc“ ten smluvní stát, jehož příslušné orgány vyhovějí žádosti o poskytnutí pomoci,
- c) „záchranná jednotka“ skupinu osob s určeným vedoucím vyslanou se svým vybavením za účelem poskytnutí pomoci do státu žádajícího o pomoc,
- d) „vybavení“ materiál, technické prostředky, dopravní prostředky, záchranné psy, osobní výstroj a předměty osobní potřeby (provozní zásoby),
- e) „předměty pomoci“ předměty, které jsou určeny ke zmírnění následků katastrof a velkých havárií nebo které jsou určeny k bezplatnému rozdělení mezi obyvatelstvo,
- f) „tranzitní stát“ ten smluvní stát, přes jehož území přecházejí záchranné jednotky nebo jednotliví odborníci nebo přes

wird oder durch welches Ausrüstungsgegenstände sowie Hilfsgüter befördert werden, um einen Drittstaat zum Zwecke der Hilfeleistung zu erreichen.

Artikel 3 Zuständigkeiten

(1) Die für die Stellung und die Entgegennahme von Hilfsersuchen zuständigen Behörden (im Folgenden zuständige Behörden genannt) sind

in der Bundesrepublik Deutschland:

- das Auswärtige Amt,
- das Bundesministerium des Innern,
- das Bayerische Staatsministerium des Innern,
- das Sächsische Staatsministerium des Innern;

in der Tschechischen Republik:

- das Ministerium des Innern,
- das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

(2) Mit dem Hilfsersuchen werden die zuständigen Behörden vor allem Art und Umfang der benötigten Hilfe mitteilen. Die zuständigen Behörden des hilfeleistenden Staates entscheiden über Art, Form und Umfang der Hilfeleistung.

(3) Die zuständigen Behörden können durch Vereinbarungen gemäß Artikel 13 Absatz 3 andere Behörden und Stellen bezeichnen, die zur Stellung und zur Entgegennahme von Hilfsersuchen befugt sind.

(4) Die zuständigen Behörden und die im Absatz 3 genannten Behörden sind ermächtigt, bei der Durchführung dieses Vertrags unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.

(5) Die zuständigen Behörden geben einander ihre Adressen und Fernmeldeverbindungen sowie die Adressen und Fernmeldeverbindungen der in Absatz 3 genannten Behörden bekannt.

Artikel 4 Arten der Hilfeleistung

(1) Die Hilfe kann durch die Entsendung von Hilfsmannschaften oder einzelnen Fachkräften, durch die Gewährung von Hilfsgütern, durch Übermittlung benötigter Informationen oder auf andere geeignete Art und Weise geleistet werden.

(2) Die Hilfsmannschaften, die einzelnen Fachkräfte, Ausrüstungsgegenstände sowie Hilfsgüter können auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg transportiert werden.

Artikel 5 Grenzübertritt und Aufenthalt

(1) Um die für eine Hilfeleistung erforderliche Wirksamkeit und Schnelligkeit zu ermöglichen, gewährleisten die Vertragsstaaten die Beschränkung der Förmlichkeiten beim Überschreiten der Staatsgrenze auf das unerlässliche Mindestmaß.

(2) Angehörige einer Hilfsmannschaft können im Rahmen einer Hilfeleistung die Staatsgrenze des hilfeersuchenden Staates ohne Reisedokument überschreiten und sich auf dessen Hoheitsgebiet aufhalten. Der Leiter einer Hilfsmannschaft muss ein Dokument über die Beauftragung zur Hilfeleistung auf Verlangen vorlegen, das Angaben über die Art der Hilfe, die Art der Hilfsmannschaft und die Zahl der Angehörigen enthält. Im Falle besonderer Eilbedürftigkeit kann diese Bescheinigung auf andere geeignete Weise ersetzt werden. Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft sind verpflichtet, sich auf Verlangen mit einem gültigen, mit Lichtbild versehenen Dienstaussweis oder einem Identitätsdokument auszuweisen.

(3) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Staatsgrenze auch außerhalb von Grenzübergangsstellen überschritten werden. In diesem Fall sind die für die Grenzüberwachung örtlich zuständigen Behörden unverzüglich davon zu unterrichten.

keré je přepravováno vybavení nebo předměty pomoci do třetího státu za účelem poskytnutí pomoci.

Článek 3 Kompetence

(1) Orgány příslušné pro předkládání a přijímání žádostí o poskytnutí pomoci (dále jen „příslušné orgány“) jsou

ve Spolkové republice Německo:

- Ministerstvo zahraničí,
- Spolkové ministerstvo vnitra,
- Bavorské státní ministerstvo vnitra,
- Saské státní ministerstvo vnitra;

v České republice:

- Ministerstvo vnitra,
- Ministerstvo zahraničních věcí.

(2) V žádosti o poskytnutí pomoci uvedou příslušné orgány zejména druh a rozsah požadované pomoci. Příslušné orgány státu poskytujícího pomoc rozhodnou o druhu, formě a rozsahu pomoci.

(3) Příslušné orgány mohou formou ujednání podle článku 13 odst. 3 určit jiné orgány a kontaktní místa, která budou oprávněna k předkládání a přijímání žádostí o poskytnutí pomoci.

(4) Příslušné orgány a orgány podle odstavce 3 jsou zmocněny vstupovat při provádění této smlouvy do bezprostředního vzájemného styku.

(5) Příslušné orgány si vzájemně oznámí své adresy a telekomunikační spojení, jakož i adresy a telekomunikační spojení orgánů podle odstavce 3.

Článek 4 Druhy pomoci

(1) Pomoc může být poskytována vysláním záchranných jednotek nebo jednotlivých odborníků, poskytnutím předmětů pomoci, sdělením potřebných informací nebo jiným vhodným způsobem.

(2) Záchranné jednotky, jednotliví odborníci, vybavení, jakož i předměty pomoci mohou být přepravovány po zemi, letecky nebo po vodě.

Článek 5 Překračování státních hranic a pobyt

(1) Pro zabezpečení účinnosti a rychlosti potřebné k poskytnutí pomoci zajistí smluvní státy omezení formalit při překračování státních hranic na nejmenší možnou míru.

(2) Členové záchranné jednotky mohou v rámci poskytování pomoci překračovat státní hranice a zdržovat se na území státu žádajícího o pomoc bez cestovních dokladů. Vedoucí záchranné jednotky musí na požádání předložit doklad o pověření k poskytnutí pomoci obsahující údaje o druhu pomoci, druhu záchranné jednotky a počtu jejích členů. V obzvlášť naléhavých případech lze toto pověření nahradit jiným vhodným způsobem. Členové záchranné jednotky jsou povinni se na požádání prokázat platným služebním průkazem opatřeným fotografií nebo dokladem totožnosti.

(3) V obzvlášť naléhavých případech lze překračovat státní hranice i mimo hraniční přechody. V takovém případě je nutné o tom neprodleně informovat místně příslušné orgány ochrany státních hranic.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 sind auch in den Fällen anzuwenden, in denen ein Vertragsstaat Transitstaat ist. Die zuständigen Behörden unterrichten einander rechtzeitig darüber, dass das Erfordernis eines Transits besteht, und stimmen die Art und Weise der Durchführung ab.

(5) Die Angehörigen von Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte benötigen für ihre Tätigkeit bei einer Hilfeleistung auf dem Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates keine Arbeitserlaubnis.

(6) Die Angehörigen von Hilfsmannschaften sind berechtigt, auf dem Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates Uniform zu tragen, sofern diese zu ihrer regulären Ausstattung gehört. Die Hilfsmannschaften sind berechtigt, auf dem Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates an ihren Fahrzeugen eigene Warnzeichen zu verwenden.

Artikel 6

Ein- und Ausfuhr der Ausrüstungsgegenstände und der Hilfsgüter

(1) Die Vertragsstaaten erleichtern die Ein- und Ausfuhr der Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft und einzelne Fachkräfte haben den Zollbehörden des hilfeersuchenden Staates beim Grenzübertritt ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben. Wenn in besonders dringenden Fällen ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter nicht übergeben werden kann, wird dieses Verzeichnis den zuständigen Zollbehörden unverzüglich nachträglich übergeben.

(2) Die Hilfsmannschaften und einzelne Fachkräfte dürfen außer Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern kein anderes Gut ein- und ausführen. Die Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter werden von allen Zollabgaben, Steuern und Gebühren befreit und dürfen nur für die Hilfeleistung verwendet werden.

(3) Für Ausrüstung und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für die Gütereinfuhr keine Anwendung. Ausrüstung und Hilfsgüter, die nicht verbraucht oder zerstört wurden, sind wieder auszuführen. Lassen besondere Verhältnisse die Wiederausfuhr nicht zu, so sind Art und Menge sowie der Verbleib der Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter der für die Hilfeleistung zuständigen Behörde des hilfeersuchenden Staates anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt.

(4) Die Bestimmungen des Absatzes 3 finden auch auf die Einfuhr von Suchtstoffen/psychotropen Stoffen in das Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates sowie die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen Anwendung. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Übereinkommen über Suchtstoffe/psychotrope Stoffe. Suchtstoffe/psychotrope Stoffe dürfen nur im Rahmen des dringenden medizinischen Bedarfs eingeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den rechtlichen Bestimmungen desjenigen Staates, dem die Hilfsmannschaft angehört, eingesetzt werden. Das Recht des hilfeersuchenden Staates, an Ort und Stelle Kontrollen durchzuführen, bleibt unberührt. Nicht verbrauchte Suchtstoffe/psychotrope Stoffe, die nicht wieder ausgeführt werden können, unterliegen den im Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates geltenden Rechtsvorschriften.

(5) Für Fahrzeuge, die zur Hilfeleistung Verwendung finden, sind die Genehmigungen für den internationalen Straßenverkehr und die Internationale Versicherungskarte für Kraftverkehr nicht erforderlich; sie sind von der Pflicht der Entrichtung der Autobahnbenutzungsgebühr befreit.

(6) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 5 sind auch in den Fällen anzuwenden, in denen ein Vertragsstaat Transitstaat ist.

Artikel 7

Einsatz von Luftfahrzeugen

(1) Luftfahrzeuge können nicht nur für die schnelle Beförderung der Hilfsmannschaften, der einzelnen Fachkräfte, Aus-

(4) Ustanovení odstavců 1 až 3 se použijí i v případech, kdy je jeden ze smluvních států tranzitním státem. Příslušné orgány se včas vzájemně informují o tom, že vznikla potřeba tranzitu a dohodnou druh a způsob jeho provedení.

(5) Členové záchranných jednotek a jednotliví odborníci nepotřebují pro svou činnost při poskytování pomoci na území státu žádajícího o pomoc povolení k zaměstnání.

(6) Členové záchranných jednotek jsou na území státu žádajícího o pomoc oprávněni nosit uniformu, pokud náleží k jejich běžné výstroji. Záchranné jednotky jsou oprávněny používat na území státu žádajícího o pomoc na svých vozidlech vlastní výstražná znamení.

Článek 6

Dovoz a vývoz vybavení a předmětů pomoci

(1) Smluvní státy usnadní dovoz a vývoz vybavení a předmětů pomoci. Vedoucí záchranné jednotky a jednotliví odborníci jsou povinni při překračování státních hranic předat celním orgánům státu žádajícího o pomoc seznam převáženého vybavení a předmětů pomoci. Jestliže ve zvlášť naléhavých případech nelze seznam převáženého vybavení a předmětů pomoci předat, bude tento seznam předán příslušným celním orgánům bez prodloužení dodatečně.

(2) Záchranné jednotky a jednotliví odborníci nesmí kromě vybavení a předmětů pomoci dovážet a vyvážet žádné jiné zboží. Vybavení a předměty pomoci jsou osvobozeny od veškerých cel, daní a poplatků a mohou být použity pouze pro poskytnutí pomoci.

(3) Na vybavení a předměty pomoci se nevztahují zákazy a omezení platná pro dovoz zboží. Vybavení a předměty pomoci, které nebyly spotřebovány nebo zničeny, je třeba vyvézt zpět. Nebude-li možné zpětný vývoz v důsledku zvláštních okolností uskutečnit, je zapotřebí oznámit druh, množství a místo zanechání tohoto vybavení a předmětů pomoci příslušnému orgánu státu žádajícího o pomoc, který o tom bude informovat příslušný celní orgán.

(4) Ustanovení odstavce 3 se použije i v případě dovozu omamných a psychotropních látek na území státu žádajícího o pomoc a zpětného vývozu nespoteřovaného množství. Tento pohyb zboží se nepovažuje za dovoz a vývoz ve smyslu mezinárodních úmluv týkajících se omamných a psychotropních látek. Omamné a psychotropní látky je přípustné dovážet pouze v množství odpovídajícím naléhavým zdravotnickým potřebám a aplikovat je může pouze kvalifikovaný zdravotnický personál v souladu s právními předpisy toho státu, k němuž záchranná jednotka náleží. Právo státu žádajícího o pomoc provádět kontrolu v místě není dotčeno. Nakládání s nespoteřovanými omamnými a psychotropními látkami, které nemohou být vyvezeny zpět, podléhá právním předpisům platným na území státu žádajícího o pomoc.

(5) U vozidel používaných při poskytování pomoci se nevyžaduje povolení pro mezinárodní silniční přepravu a mezinárodní automobilová pojišťovací karta a jsou osvobozena od povinnosti úhrady dálničního poplatku.

(6) Ustanovení odstavců 1 až 5 se použijí i v případech, kdy je jeden ze smluvních států tranzitním státem.

Článek 7

Používání letadel

(1) Letadel lze použít nejen pro rychlou přepravu záchranných jednotek, jednotlivých odborníků, vybavení a

rüstungsgegenstände sowie Hilfsgüter, sondern auch unmittelbar zur Hilfeleistung benutzt werden.

(2) Jeder Vertragsstaat gestattet, dass Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aus für die in Absatz 1 genannten Zwecke starten, ihr Hoheitsgebiet überfliegen und auch außerhalb von zugelassenen Flughäfen und für das Starten und für das Landen bestimmten Stellen starten und landen dürfen. Diese Erlaubnis ersetzt nicht das Einverständnis des Grundstückseigners oder anderer berechtigter Personen, das nach den jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften erforderlich ist.

(3) Die Verwendung von Luftfahrzeugen zur Hilfeleistung ist der zuständigen Behörde des hilfeersuchenden Staates vorab mitzuteilen, wobei Baumuster, Eintragungsstaat, Eintragungszeichen des Luftfahrzeugs, seine Besatzung und Passagiere, Ladung, Flugroute, Abflugzeit, Landeort und voraussichtliche Landezeit anzugeben sind.

(4) Soweit sich aus den Bestimmungen des Absatzes 2 nichts anderes ergibt, sind die Luftverkehrsvorschriften der Vertragsstaaten und das bilateral abgestimmte Verfahren für das Überfliegen der Staatsgrenze anzuwenden.

Artikel 8

Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt den Behörden und Einsatzleitern des hilfeersuchenden Staates.

(2) Anweisungen an die Hilfsmannschaften des hilfeleistenden Staates werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, die Einzelheiten der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen. Die Behörden und Einsatzleiter des hilfeersuchenden Staates erläutern die Aufgaben, die sie den Hilfsmannschaften oder den einzelnen Fachkräften übertragen wollen.

(3) Die Behörden des hilfeersuchenden Staates unterstützen die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte und gewährleisten deren Schutz.

Artikel 9

Kosten der Hilfeleistung

(1) Die Kosten der Hilfeleistung, einschließlich der Aufwendungen, die durch Verbrauch, Beschädigung, Zerstörung oder Verlust von Ausrüstungsgegenständen entstehen, trägt der hilfeleistende Staat, sofern die zuständigen Behörden nichts anderes vereinbaren.

(2) Der hilfeersuchende Staat trägt die durch den Einsatz von Luftfahrzeugen entstandenen Kosten, sofern die zuständigen Behörden nichts anderes vereinbart haben.

(3) Die Hilfsmannschaften und einzelne Fachkräfte werden bei Bedarf während der Dauer ihres Einsatzes auf dem Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates auf dessen Kosten logistisch versorgt, zum Beispiel gepflegt, untergebracht und mit Betriebsgütern versorgt und erhalten unaufschiebbare medizinische Hilfe.

(4) Die Kosten für Hilfeleistungen, die von dem hilfeleistenden Staat lediglich vermittelt wurden, trägt der hilfeersuchende Staat. Dem Antrag auf Vermittlung von Hilfeleistungen muss die zuständige Behörde des hilfeersuchenden Staates eine Erklärung darüber hinzufügen, dass sie mit der Übernahme der Kosten einverstanden ist.

(5) Die Möglichkeit des hilfeersuchenden Staates, für Kosten selbst aufzukommen, bleibt von den Bestimmungen des Absatzes 1 unberührt.

Artikel 10

Entschädigung und Schadensersatz

(1) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle Entschädigungsansprüche gegen den anderen Vertragsstaat wegen Schadens

předmětů pomoci, nýbrž i bezprostředně pro poskytnutí pomoci.

(2) Každý ze smluvních států dovolí, aby letadla startující z území druhého smluvního státu za účely uvedenými v odstavci 1 mohla přelétávat jeho území a aby mohla přistávat a startovat i z jiných míst než z povolených letišť a z ploch určených k přistání a vzletům. Tímto dovozením se nenahrazuje souhlas majitele pozemku nebo jiných oprávněných osob, který je potřebný podle příslušných vnitrostátních právních předpisů.

(3) Použití letadel k poskytnutí pomoci je třeba předem oznámit příslušnému orgánu státu žádajícího o pomoc s uvedením údajů o druhu letadla, státu, v němž je registrováno, o registrační značce letadla, jeho posádce a cestujících, nákladu, trase, o době odletu a o místě a předpokládané době přistání.

(4) Pokud z ustanovení odstavce 2 nevyplývá nic jiného, použijí se právní předpisy platné pro letecký provoz smluvních států a oboustranně dohodnutý postup pro přelet státních hranic.

Článek 8

Koordinace a celkové řízení

(1) Koordinace a celkové řízení záchranných a pomocných akcí je v kompetenci orgánů a velitelů zásahu státu žádajícího o pomoc.

(2) Pokyny adresované záchranným jednotkám státu poskytujícího pomoc se vydávají výlučně jejich vedoucím, kteří zadávají jednotlivé dílčí úkoly svým podřízeným. Orgány a velitelé zásahu státu žádajícího o pomoc vysvětlí úkoly, kterými chtějí pověřit záchranné jednotky nebo jednotlivé odborníky.

(3) Orgány státu žádajícího o pomoc poskytují podporu záchranným jednotkám a jednotlivým odborníkům a zajistí jejich ochranu.

Článek 9

Náklady na poskytování pomoci

(1) Náklady na poskytování pomoci, včetně výdajů, které vzniknou spotřebou, poškozením, zničením nebo ztrátou vybavení, hradí stát poskytující pomoc, pokud se příslušné orgány nedohodnou jinak.

(2) Stát žádající o pomoc hradí náklady vzniklé nasazením letadel, pokud se příslušné orgány nedohodnou jinak.

(3) Záchranné jednotky a jednotliví odborníci budou v případě potřeby po dobu jejich působení na území státu žádajícího o pomoc logisticky zajištěni na jeho náklady, například jim bude poskytnuto stravování, ubytování, provozní předměty a neodkladná lékařská péče.

(4) Náklady na poskytnutí pomoci, kterou stát poskytující pomoc pouze zprostředkoval, nese stát žádající o pomoc. K žádosti o zprostředkování poskytnutí pomoci musí příslušný orgán státu žádajícího o pomoc připojit prohlášení o tom, že se závazkem úhrady nákladů souhlasí.

(5) Ustanovením odstavce 1 není dotčena možnost úhrady nákladů státem žádajícím o pomoc.

Článek 10

Odškodnění a náhrada škod

(1) Každý smluvní stát se vzdává všech nároků na náhradu škody vůči druhému smluvnímu státu v případě škody na majet-

an Vermögenswerten, wenn dieser von einem Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder von einer einzelnen Fachkraft bei der Erfüllung des Auftrags im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrags verursacht worden ist.

(2) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle Entschädigungsansprüche gegen den anderen Vertragsstaat wegen Verletzung oder wegen des Todes eines Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder einer einzelnen Fachkraft, soweit der Schaden bei der Erfüllung des Auftrags im Zusammenhang mit der Durchführung des Vertrags entstanden ist.

(3) Durch die Bestimmung des Absatzes 2 bleiben Ersatzansprüche eines im Zusammenhang mit der Hilfeleistung geschädigten Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder einer einzelnen Fachkraft bzw. deren Hinterbliebenen unberührt.

(4) Wird durch einen Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder durch eine einzelne Fachkraft des hilfeleistenden Staates bei der Erfüllung eines Auftrags im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrags im Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates einem Dritten ein Schaden verursacht, so haftet für den Schaden der hilfeersuchende Staat nach Maßgabe der Rechtsvorschriften, die im Fall eines durch einen Angehörigen einer eigenen Hilfsmannschaft verursachten Schadens Anwendung finden.

(5) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt worden ist.

(6) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadensersatzansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

Artikel 11

Schutz personenbezogener Daten

Soweit auf Grund dieses Vertrags personenbezogene Daten (im Folgenden Daten genannt) übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für den jeweiligen Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem in diesem Vertrag genannten Zweck und zu den durch die übermittelnde Stelle gestellten Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
- Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Behörde erfolgen.
- Die übermittelnde Behörde ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach den jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, wenn das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft

ku, pokud ji způsobil člen záchranné jednotky nebo jednotlivý odborník při plnění úkolu v souvislosti s prováděním této smlouvy.

(2) Každý smluvní stát se vzdává všech nároků na náhradu škody vůči druhému smluvnímu státu v případě újmy na zdraví nebo smrti člena záchranné jednotky nebo jednotlivého odborníka, pokud škoda vznikla při plnění úkolu v souvislosti s prováděním této smlouvy.

(3) Ustanovením odstavce 2 nejsou dotčeny nároky na náhradu škody příslušníka záchranné jednotky nebo jednotlivého odborníka poškozeného v souvislosti s poskytováním pomoci, případně jeho pozůstalých.

(4) Způsobí-li člen záchranné jednotky nebo jednotlivý odborník státu poskytujícího pomoc při plnění úkolů v souvislosti s prováděním této smlouvy na území státu žádajícího o pomoc škodu třetí osobě, odpovídá za škodu stát žádající o pomoc podle právních předpisů, které by se použily v případě, kdy by škodu způsobil člen vlastní záchranné jednotky.

(5) Ustanovení odstavců 1 a 2 neplatí, pokud byla škoda způsobena úmyslně nebo z hrubé nedbalosti.

(6) Příslušné orgány smluvních států úzce spolupracují, aby usnadnily vyřizování nároků na náhradu škody. Zejména si vyměňují veškeré jim dostupné informace o škodních případech ve smyslu tohoto článku.

Článek 11

Ochrana osobních údajů

Pokud se na základě této smlouvy předávají osobní údaje (dále jen „údaje“), platí následující ustanovení s tím, že je nutno postupovat v souladu s právními předpisy platnými pro každý ze smluvních států.

- Použití údajů příjemcem je přípustné pouze k účelu uvedenému v této smlouvě a za podmínek stanovených předávajícím orgánem. Kromě toho je jejich použití přípustné k předcházení a stíhání trestných činů závažného významu, jakož i za účelem odvracení značného nebezpečí pro veřejnou bezpečnost.
- Příjemce na požádání informuje předávající orgán o použití předaných údajů a o výsledcích dosažených s jejich pomocí.
- Údaje smějí být předány pouze příslušným subjektům. Další předávání jiným subjektům lze uskutečnit jen s předchozím souhlasem předávajícího orgánu.
- Předávající orgán je povinen dbát na správnost předávaných údajů, jakož i na potřebnost a přiměřenost s ohledem na účel sledovaný předáním. Přitom je třeba respektovat zákazy předávání údajů stanovené příslušnými vnitrostátními právními předpisy. Zjistí-li se, že byly předány nesprávné údaje, nebo údaje, které neměly být předány, je nutné tuto skutečnost příjemci neprodleně sdělit. Příjemce je povinen provést jejich opravu nebo údaje zničit.
- Dotčené osobě je třeba na žádost poskytnout informaci o údajích o ní předaných, jakož i o zamýšleném účelu jejich použití. Povinnost sdělit informaci není dána, pokud veřejný zájem na neposkytnutí informace převažuje nad zájmem dotčené osoby na jejím sdělení. Právo dotčené osoby na poskytnutí informace o údajích k ní existujících se řídí vnitrostátními právní-

zu erhalten, richtet sich nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

- f) Wird jemand infolge der Übermittlung von Daten nach diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Gewährt der Staat der empfangenden Stelle jemandem Ersatz für einen solchen, auf Grund einer Verletzung der Bestimmungen dieses Artikels durch die übermittelnde Stelle entstandenen Schaden, wird der Staat der übergebenden Stelle ihm den vollen Schadensersatz erstatten.
- g) Soweit die für die übermittelnde Behörde geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften in Bezug auf die übermittelten Daten besondere Lösungsfristen vorsehen, weist die übermittelnde Behörde den Empfänger auf diese Fristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- h) Die übermittelnde Behörde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von Daten aktenkundig zu machen.
- i) Die übermittelnde Behörde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 12

Beendigung der Hilfeleistung

Die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte müssen ihre Tätigkeit unverzüglich beenden, wenn die zuständigen Behörden oder die Behörden nach Artikel 3 Absatz 3 dies bestimmen. Anderenfalls endet ihre Tätigkeit mit der Erfüllung der Aufgabe. Danach haben die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte das Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates unverzüglich zu verlassen.

Artikel 13

Weitere Formen der Zusammenarbeit

(1) Die zuständigen Behörden und die in Artikel 3 Absatz 3 genannten Behörden arbeiten insbesondere in folgenden Bereichen zusammen:

- a) Vorbereitung und Durchführung von Hilfeleistungen nach Maßgabe dieses Vertrags;
- b) Vorhersage, Vorbeugung und Bekämpfung der Folgen von Katastrophen und schweren Unglücksfällen durch den Austausch von praktischen Erfahrungen und Informationen wissenschaftlicher und technischer Art, durch Studienaufenthalte für Fachkräfte, Forschungsprogramme und Fachkurse, einschließlich der Zusammenarbeit der einschlägigen Ausbildungseinrichtungen, sowie Durchführung von gemeinsamen Übungen;
- c) Austausch von Informationen über Gefahren und Folgen von Katastrophen und schweren Unglücksfällen, die sich auf das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ausbreiten können; der gegenseitige Informationsaustausch umfasst auch die Übermittlung von Messdaten;
- d) Untersuchung der Ursachen von Katastrophen und schweren Unglücksfällen.

(2) Für gemeinsame Übungen sind die Bestimmungen dieses Vertrags sinngemäß anzuwenden.

(3) Die zuständigen Behörden und die Behörden nach Artikel 3 Absatz 3 können Vereinbarungen zur Durchführung dieses Vertrags treffen, soweit das Recht der Vertragsstaaten dies zulässt.

mi předpisy smluvního státu, na jehož území bylo o informaci požádáno.

- f) Je-li někdo v důsledku předání údajů podle této smlouvy protiprávně poškozen, odpovídá mu za škodu příjemce podle svých vnitrostátních právních předpisů. Ve vztahu k poškozenému se příjemce nemůže odvolávat na to, že škodu způsobil předávající orgán. Poskytne-li stát příjemce někomu náhradu za takovou škodu vzniklou v důsledku porušení ustanovení tohoto článku předávajícím orgánem, uhradí mu celkovou částku náhrady stát předávajícího orgánu.
- g) Pokud vnitrostátní právní předpisy platné pro předávající orgán předpokládají s ohledem na předané údaje zvláštní lhůty pro výmaz údajů, upozorní předávající orgán na tyto lhůty příjemce. Nezávisle na těchto lhůtách je nutno předané údaje vymazat, jakmile již nejsou potřebné pro účel, pro který byly předány.
- h) Předávající orgán a příjemce jsou povinni vést evidenci o předání a příjmu údajů.
- i) Předávající orgán a příjemce jsou povinni účinně chránit předané údaje proti neoprávněnému přístupu, neoprávněné změně a neoprávněnému sdělení.

Článek 12

Ukončení poskytování pomoci

Záchranné jednotky a jednotliví odborníci musí svou činnost neprodleně ukončit, jestliže tak rozhodnou příslušné orgány nebo orgány podle článku 3 odst. 3. V ostatních případech končí jejich činnost okamžikem splnění úkolu. Poté musí záchranné jednotky a jednotliví odborníci neprodleně opustit území státu žádajícího o pomoc.

Článek 13

Další formy spolupráce

(1) Příslušné orgány a orgány uvedené v článku 3 odst. 3 spolupracují zejména v následujících oblastech:

- a) příprava a poskytování pomoci podle této smlouvy,
- b) prognózy, prevence a odstraňování následků katastrof a velkých havárií formou výměny praktických zkušeností a informací vědeckého a technického charakteru, formou studijních pobytů pro odborníky, výzkumných programů a odborných kurzů včetně spolupráce příslušných školicích zařízení, jakož i organizováním společných cvičení,
- c) výměna informací o nebezpečích a následcích katastrof a velkých havárií, které se mohou rozšířit na území druhého smluvního státu; vzájemná výměna informací zahrnuje také předávání měřených dat,
- d) zjišťování příčin katastrof a velkých havárií.

(2) Pro společná cvičení se přiměřeně použijí ustanovení této smlouvy.

(3) Příslušné orgány a orgány podle článku 3 odst. 3 mohou uzavírat ujednání k provádění této smlouvy, umožňují-li to právní předpisy smluvních států.

Artikel 14**Fernmeldeverbindungen**

Die zuständigen Behörden bzw. die Behörden nach Artikel 3 Absatz 3 treffen rechtzeitig gemeinsam die erforderlichen Maßnahmen, damit Fernmeldeverbindungen zwischen ihnen, zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften, zwischen den Hilfsmannschaften untereinander und zwischen den entsandten Hilfsmannschaften und der Einsatzleitung ermöglicht werden.

Artikel 15**Andere vertragliche Regelungen**

Rechte und Pflichten der Vertragsstaaten aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

Artikel 16**Beilegung von Meinungsverschiedenheiten**

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung dieses Vertrags, die nicht unmittelbar zwischen den zuständigen Behörden ausgeräumt werden können, werden auf dem Verhandlungswege zwischen den Vertragsstaaten beigelegt.

Artikel 17**Schlussbestimmungen**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Prag ausgetauscht. Der Vertrag tritt am ersten Tag des ersten Monats nach dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Die Registrierung dieses Vertrags beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von deutscher Seite veranlasst. Die tschechische Seite wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

(3) Dieser Vertrag wird auf unbegrenzte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann ihn auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Tag wirksam, zu dem die Anzeige der Kündigung dem anderen Vertragsstaat zugegangen ist.

Geschehen zu Berlin am 19. September 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Článek 14**Telekomunikační spojení**

Príslušné orgány, popřípadě orgány podle článku 3 odst. 3, učiní včas společně potřebná opatření, aby umožnily telekomunikační spojení mezi sebou, mezi těmito orgány a jimi vyslanými záchrannými jednotkami, mezi záchrannými jednotkami navzájem a mezi vyslanými záchrannými jednotkami a řízením zásahu.

Článek 15**Jiné smluvní úpravy**

Práva a povinnosti smluvních států vyplývající z jiných mezinárodněprávních smluvních dokumentů nejsou touto smlouvou dotčeny.

Článek 16**Urovnávání sporů**

Názorové rozdíly týkající se výkladu a provádění této smlouvy, které nebudou moci přímo vyřešit příslušné orgány, urovnají smluvní státy jednáním.

Článek 17**Závěrečná ustanovení**

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Praze v době co nejdříve. Tato smlouva vstoupí v platnost prvního dne měsíce následujícího po dni výměny ratifikačních listin.

(2) O registraci této smlouvy na sekretariátu Organizace spojených národů podle článku 12 Charty Organizace spojených národů požádá neprodleně po jejím vstupu v platnost německá strana. Česká strana bude o provedené registraci informována s uvedením registračního čísla OSN, jakmile ji sekretariát Organizace spojených národů potvrdí.

(3) Tato smlouva se uzavírá na dobu neurčitou. Každý smluvní stát ji může písemně vypovědět diplomatickou cestou. Výpověď nabývá účinnosti šest měsíců ode dne, v němž bylo oznámení o výpovědi doručeno druhému smluvnímu státu.

Dáno v Berlíně dne 19. září 2000 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo

Hilger
Schily

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku

St. Gross

**Gesetz
zu den Änderungen vom 15. Juni 1999
des Übereinkommens zum Schutz des Menschen
bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten und
zu dem Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zu diesem Übereinkommen**

Vom 16. August 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden Vereinbarungen wird zugestimmt:

1. den von dem Komitee der Ministerbeauftragten des Europarats am 15. Juni 1999 genehmigten Änderungen des Übereinkommens vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten, die den Europäischen Gemeinschaften den Beitritt ermöglichen (Übereinkommen – BGBl. 1985 II S. 538), und
2. dem am 8. November 2001 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Zusatzprotokoll zum Übereinkommen vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten betreffend Kontrollstellen und grenzüberschreitenden Datenverkehr.

Die Änderungen und das Zusatzprotokoll werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium des Innern kann das Übereinkommen in der geänderten Fassung bekannt machen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Änderungen des Übereinkommens nach Artikel 21 Abs. 6 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, und der Tag, an dem das Zusatzprotokoll nach seinem Artikel 3 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist jeweils im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 16. August 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister des Innern
Schily

Änderungen
des Übereinkommens zum Schutz des Menschen
bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (SEV Nr. 108),
die den Europäischen Gemeinschaften den Beitritt ermöglichen

Amendments
to the Convention for the Protection of Individuals
with regard to Automatic Processing of Personal Data (ETS No. 108)
Allowing the European Communities to Accede

Amendements
à la Convention pour la protection des personnes
à l'égard du traitement automatisé des données à caractère personnel (STE n° 108)
permettant l'adhésion des Communautés européennes

(Übersetzung)

Article 1

Paragraphs 2, 3 and 6 of Article 3 of the Convention shall read as follows:

“2 Any State or the European Communities may, at the time of signature or when depositing their instrument of ratification, acceptance, approval or accession, or at any later time, give notice by a declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe:

- a that they will not apply this Convention to certain categories of automated personal data files, a list of which will be deposited. In this list they shall not include, however, categories of automated data files subject under their domestic law to data protection provisions. Consequently, they shall amend this list by a new declaration whenever additional categories of automated personal data files are subjected to data protection provisions under their domestic law;

Article 1

Les paragraphes 2, 3 et 6 de l'article 3 de la Convention se lisent comme suit:

«2 Tout Etat ou les Communautés européennes, peuvent, lors de la signature ou du dépôt de leur instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ou à tout moment ultérieur, faire connaître par déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe:

- a qu'ils n'appliqueront pas la présente Convention à certaines catégories de fichiers automatisés de données à caractère personnel dont une liste sera déposée. Ils ne devront toutefois pas inclure dans cette liste des catégories de fichiers automatisés assujetties selon leur droit interne à des dispositions de protection des données. En conséquence, ils devront amender cette liste par une nouvelle déclaration lorsque des catégories supplémentaires de fichiers automatisés de données à caractère personnel seront assujetties à leur régime de protection des données;

Artikel 1

Artikel 3 Absätze 2, 3 und 6 des Übereinkommens lautet wie folgt:

„(2) Jeder Staat oder die Europäischen Gemeinschaften können bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde oder jederzeit danach durch Erklärung an den Generalsekretär des Europarats bekannt geben,

- a) dass sie dieses Übereinkommen auf bestimmte Arten von automatisierten Dateien/Datensammlungen mit personenbezogenen Daten nicht anwenden, und hinterlegen ein Verzeichnis dieser Arten. In das Verzeichnis dürfen sie jedoch Arten automatisierter Dateien/Datensammlungen nicht aufnehmen, die nach ihrem internen Recht Datenschutzvorschriften unterliegen. Sie ändern dieses Verzeichnis durch eine neue Erklärung, wenn weitere Arten von automatisierten Dateien/Datensammlungen mit personenbezogenen Daten ihren internen Datenschutzvorschriften unterstellt werden;

- b) that they will also apply this Convention to information relating to groups of persons, associations, foundations, companies, corporations and any other bodies consisting directly or indirectly of individuals, whether or not such bodies possess legal personality;
- c) that they will also apply this Convention to personal data files which are not processed automatically.

3 Any State or the European Communities which have extended the scope of this Convention by any of the declarations provided for in sub-paragraph 2.b or c above may give notice in the said declaration that such extensions shall apply only to certain categories of personal data files, a list of which will be deposited.

6 The declarations provided for in paragraph 2 above shall take effect from the moment of the entry into force of the Convention with regard to the State or the European Communities which have made them if they have been made at the time of signature or deposit of their instrument of ratification, acceptance, approval or accession, or three months after their receipt by the Secretary General of the Council of Europe if they have been made at any later time. These declarations may be withdrawn, in whole or in part, by a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe. Such withdrawals shall take effect three months after the date of receipt of such notification."

Article 2

- 1 A new paragraph 3, reading as follows, shall be inserted in Article 20 of the Convention:

"Every Party has a right to vote. Each State which is a Party to the Convention shall have one vote. Concerning questions within their competence, the European Communities exercise their right to vote and cast a number of votes equal to the number of Member States that are Parties to the Convention and have transferred their competencies to the European Communities in the field concerned. In this case, those member States of the Communities do not vote, and the other member States may vote. The European Communities do not vote when a question which does not fall within their competence is concerned."

- b) qu'ils appliqueront la présente Convention également à des informations afférentes à des groupements, associations, fondations, sociétés, corporations ou à tout autre organisme regroupant directement ou indirectement des personnes physiques et jouissant ou non de la personnalité juridique;

- c) qu'ils appliqueront la présente Convention également aux fichiers de données à caractère personnel ne faisant pas l'objet de traitements automatisés.

3 Tout Etat ou les Communautés européennes qui ont étendu le champ d'application de la présente Convention par l'une des déclarations visées aux alinéas 2.b ou c ci-dessus peuvent, dans ladite déclaration, indiquer que les extensions ne s'appliqueront qu'à certaines catégories de fichiers à caractère personnel dont la liste sera déposée.

6 Les déclarations prévues au paragraphe 2 du présent article prendront effet au moment de l'entrée en vigueur de la Convention à l'égard de l'Etat ou des Communautés européennes qui les ont formulées, si cet Etat ou les Communautés européennes les ont faites lors de la signature ou du dépôt de leur instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ou trois mois après leur réception par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe si elles ont été formulées à un moment ultérieur. Ces déclarations pourront être retirées en tout ou en partie par notification adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Le retrait prendra effet trois mois après la date de réception d'une telle notification.»

Article 2

- 1 Un nouveau paragraphe 3, libellé comme suit, est inséré à l'article 20 de la Convention:

«Chaque Partie dispose d'un droit de vote. Tout Etat partie à la Convention a une voix. Sur les questions relevant de leur compétence, les Communautés européennes exercent leur droit de vote et expriment un nombre de voix égal au nombre de leurs Etats membres qui sont Parties à la Convention et qui ont transféré leurs compétences aux Communautés européennes dans le domaine considéré. Dans ce cas, ces Etats membres des Communautés ne participent pas au vote et les autres Etats membres des Communautés peuvent participer au vote. Les Communautés européennes ne votent pas lorsque le vote porte sur une question qui ne relève pas de leur compétence.»

- b) dass sie dieses Übereinkommen auch auf Informationen über Personengruppen, Vereinigungen, Stiftungen, Gesellschaften, Körperschaften oder andere Stellen anwenden, die unmittelbar oder mittelbar aus natürlichen Personen bestehen, unabhängig davon, ob diese Stellen Rechtspersönlichkeit besitzen oder nicht;

- c) dass sie dieses Übereinkommen auch auf Dateien/Datensammlungen mit personenbezogenen Daten anwenden, die nicht automatisch verarbeitet werden.

(3) Jeder Staat oder die Europäischen Gemeinschaften, die den Geltungsbereich dieses Übereinkommens durch eine Erklärung nach Absatz 2 Buchstabe b oder c erweitert haben, können in dieser Erklärung bekannt geben, dass die Erweiterung nur für bestimmte Arten von Dateien/Datensammlungen mit personenbezogenen Daten gilt; sie hinterlegen ein Verzeichnis dieser Arten.

(6) Die Erklärungen nach Absatz 2 werden mit Inkrafttreten des Übereinkommens für den Staat oder die Europäischen Gemeinschaften wirksam, die sie abgegeben haben, wenn sie im Zeitpunkt der Unterzeichnung oder der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde abgegeben worden sind, oder drei Monate nach ihrem Eingang beim Generalsekretär des Europarats, wenn sie später abgegeben worden sind. Diese Erklärungen können ganz oder teilweise durch Notifikation an den Generalsekretär des Europarats zurückgenommen werden. Die Zurücknahme wird drei Monate nach Eingang der Notifikation wirksam."

Artikel 2

1. In Artikel 20 des Übereinkommens wird ein neuer Absatz 3 eingefügt, der wie folgt lautet:

„Jede Vertragspartei ist stimmberechtigt. Jeder Vertragsstaat des Übereinkommens hat eine Stimme. Hinsichtlich der in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Fragen üben die Europäischen Gemeinschaften ihr Stimmrecht aus und geben eine Zahl von Stimmen ab, die der Zahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind und für den betreffenden Bereich ihre Zuständigkeiten auf die Europäischen Gemeinschaften übertragen haben. In diesem Fall beteiligen sich diese Mitgliedstaaten der Gemeinschaften nicht an der Abstimmung, und die anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaften können an der Abstimmung teilnehmen. Die Europäischen Gemeinschaften stimmen nicht ab, wenn sich die Abstimmung auf eine Frage bezieht, die nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fällt.“

2 Paragraphs 3 and 4 of Article 20 of the Convention shall be renumbered as paragraphs 4 and 5, respectively, of the same article.

Article 3

Article 21, paragraph 2 of the Convention shall read as follows:

“Any proposal for amendment shall be communicated by the Secretary General of the Council of Europe to the member States of the Council of Europe, to the European Communities, and to every non-member State which has acceded to or has been invited to accede to this Convention in accordance with the provisions of Article 23.”

Article 4

Article 23 of the Convention shall read as follows:

“Article 23

Accession by non-member States or the European Communities

1 After the entry into force of this Convention, the Committee of Ministers of the Council of Europe may invite any non-member State of the Council of Europe to accede to this Convention by a decision taken by the majority provided for in Article 20.d of the Statute of the Council of Europe and by the unanimous vote of the representatives of the Contracting States entitled to sit on the committee.

2 The European Communities may accede to the Convention.

3 In respect of any acceding State, or of the European Communities on accession, the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of deposit of the instrument of accession with the Secretary General of the Council of Europe.”

Article 5

Article 24 of the Convention shall read as follows:

“Article 24

Territorial Clause

1 Any State or the European Communities may at the time of signature or when depositing their instrument of ratification, acceptance, approval or accession, specify the territory or territories to which this Convention shall apply.

2 Any State or the European Communities may at any later date, by a declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe, extend the application of this Convention to any other territory specified in the declaration. In respect of such territory the Convention shall enter into force on the first day of the month

2 Les paragraphes 3 et 4 de l'article 20 de la Convention sont renumérotés comme paragraphes 4 et 5, respectivement, de ce même article.

Article 3

L'article 21 paragraphe 2 de la Convention se lit comme suit:

«Toute proposition d'amendement est communiquée par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe aux Etats membres du Conseil de l'Europe, aux Communautés européennes, et à chaque Etat non-membre qui a adhéré ou a été invité à adhérer à la présente Convention conformément aux dispositions de l'article 23.»

Article 4

L'article 23 de la Convention se lit comme suit:

«Article 23

Adhésion d'Etats non-membres ou des Communautés européennes

1 Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe pourra inviter tout Etat non-membre du Conseil de l'Europe à adhérer à la présente Convention par une décision prise à la majorité prévue à l'article 20.d du Statut du Conseil de l'Europe et à l'unanimité des représentants des Etats contractants ayant le droit de siéger au Comité.

2 Les Communautés européennes peuvent adhérer à la Convention.

3 Pour tout Etat adhérent, ou pour les Communautés européennes adhérentes, la Convention entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date du dépôt de l'instrument d'adhésion près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.»

Article 5

L'article 24 de la Convention se lit comme suit:

«Article 24

Clauses territoriales

1 Tout Etat ou les Communautés européennes peuvent, au moment de la signature ou au moment du dépôt de leur instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera la présente Convention.

2 Tout Etat ou les Communautés européennes peuvent, à tout autre moment par la suite, par une déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, étendre l'application de la présente Convention à tout autre territoire désigné dans la déclaration. La Convention entrera en vigueur à l'égard de ce territoire le premier

2. Artikel 20 Absätze 3 und 4 des Übereinkommens wird zu Artikel 20 Absätze 4 und 5.

Artikel 3

Artikel 21 Absatz 2 des Übereinkommens lautet wie folgt:

„Der Generalsekretär des Europarats teilt jeden Änderungsvorschlag den Mitgliedstaaten des Europarats, den Europäischen Gemeinschaften sowie jedem Nichtmitgliedstaat mit, der diesem Übereinkommen beigetreten ist oder der nach Artikel 23 eingeladen worden ist, ihm beizutreten.“

Artikel 4

Artikel 23 des Übereinkommens lautet wie folgt:

„Artikel 23

Beitritt von Nichtmitgliedstaaten oder der Europäischen Gemeinschaften

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des Europarats durch einen mit der in Artikel 20 Buchstabe d der Satzung vorgesehenen Mehrheit und mit einhelliger Zustimmung der Vertreter der Vertragsstaaten, die Anspruch auf einen Sitz im Komitee haben, gefassten Beschluss jeden Nichtmitgliedstaat des Rates einladen, dem Übereinkommen beizutreten.

(2) Die Europäischen Gemeinschaften können dem Übereinkommen beitreten.

(3) Für jeden beitretenden Staat oder für die beitretenden Europäischen Gemeinschaften tritt das Übereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats folgt.“

Artikel 5

Artikel 24 des Übereinkommens lautet wie folgt:

„Artikel 24

Räumlicher Geltungsbereich

(1) Jeder Staat oder die Europäischen Gemeinschaften können bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.

(2) Jeder Staat oder die Europäischen Gemeinschaften können jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Übereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken. Das Übereinkommen tritt für dieses Hoheitsgebiet

following the expiration of a period of three months after the date of receipt of such declaration by the Secretary General.”

jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de la déclaration par le Secrétaire Général.»

am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Erklärung beim Generalsekretär folgt.“

Article 6

Article 27 of the Convention shall read as follows:

„Article 27 Notifications

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council of Europe, the European Communities, and any State which has acceded to this Convention of:

- a any signature;
- b the deposit of any instrument of ratification, acceptance, approval or accession;
- c any date of entry into force of this Convention in accordance with Articles 22, 23 and 24;
- d any other act, notification or communication relating to this Convention.”

Article 6

L'article 27 de la Convention se lit comme suit:

«Article 27 Notifications

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil de l'Europe, aux Communautés européennes, et à tout Etat ayant adhéré à la présente Convention:

- a toute signature;
- b le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion;
- c toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention conformément à ses articles 22, 23 et 24;
- d tout autre acte, notification ou communication ayant trait à la présente Convention.»

Artikel 6

Artikel 27 des Übereinkommens lautet wie folgt:

„Artikel 27 Notifikationen

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Rates, den Europäischen Gemeinschaften und jedem Staat, der diesem Übereinkommen beigetreten ist,

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach den Artikeln 22, 23 und 24;
- d) jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen.“

Zusatzprotokoll
zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen
bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten
betreffend Kontrollstellen und grenzüberschreitenden Datenverkehr

Additional Protocol
to the Convention for the Protection of Individuals
with regard to Automatic Processing of Personal Data,
regarding Supervisory Authorities and Transborder Data Flows

Protocole additionnel
à la Convention pour la protection des personnes
à l'égard du traitement automatisé des données à caractère personnel,
concernant les autorités de contrôle et les flux transfrontières de données

(Übersetzung)

Preamble

The Parties to this additional Protocol to the Convention for the Protection of Individuals with regard to Automatic Processing of Personal Data, opened for signature in Strasbourg on 28 January 1981 (hereafter referred to as "the Convention");

Convinced that supervisory authorities, exercising their functions in complete independence, are an element of the effective protection of individuals with regard to the processing of personal data;

Considering the importance of the flow of information between peoples;

Considering that, with the increase in exchanges of personal data across national borders, it is necessary to ensure the effective protection of human rights and fundamental freedoms, and in particular the right to privacy, in relation to such exchanges of personal data,

Have agreed as follows:

Préambule

Les Parties au présent Protocole additionnel à la Convention pour la protection des personnes à l'égard du traitement automatisé des données à caractère personnel, ouverte à la signature à Strasbourg, le 28 janvier 1981, (ci-après dénommée «la Convention»),

Convaincues que des autorités de contrôle exerçant leurs fonctions en toute indépendance sont un élément de la protection effective des personnes à l'égard du traitement des données à caractère personnel;

Considérant l'importance de la circulation de l'information entre les peuples;

Considérant que, avec l'intensification des échanges de données à caractère personnel à travers les frontières, il est nécessaire d'assurer la protection effective des droits de l'homme et des libertés fondamentales, et, notamment du droit au respect de la vie privée, en relation avec de tels échanges,

Sont convenues de ce qui suit:

Präambel

Die Vertragsparteien dieses Zusatzprotokolls zu dem am 28. Januar 1981 in Straßburg zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) –

in der Überzeugung, dass Kontrollstellen, die ihre Aufgaben in völliger Unabhängigkeit wahrnehmen, zu einem wirksamen Schutz des Menschen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten beitragen;

in Anbetracht der Bedeutung, die dem Informationsaustausch zwischen den Völkern zukommt;

in der Erwägung, dass es angesichts der Zunahme des grenzüberschreitenden Austausches personenbezogener Daten erforderlich ist, im Zusammenhang mit diesem Austausch den wirksamen Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und insbesondere des Rechts auf Achtung des Persönlichkeitsbereichs zu gewährleisten –

sind wie folgt übereingekommen:

Article 1**Supervisory authorities**

1 Each Party shall provide for one or more authorities to be responsible for ensuring compliance with the measures in its domestic law giving effect to the principles stated in Chapters II and III of the Convention and in this Protocol.

2

a To this end, the said authorities shall have, in particular, powers of investigation and intervention, as well as the power to engage in legal proceedings or bring to the attention of the competent judicial authorities violations of provisions of domestic law giving effect to the principles mentioned in paragraph 1 of Article 1 of this Protocol.

b Each supervisory authority shall hear claims lodged by any person concerning the protection of his/her rights and fundamental freedoms with regard to the processing of personal data within its competence.

3 The supervisory authorities shall exercise their functions in complete independence.

4 Decisions of the supervisory authorities, which give rise to complaints, may be appealed against through the courts.

5 In accordance with the provisions of Chapter IV, and without prejudice to the provisions of Article 13 of the Convention, the supervisory authorities shall co-operate with one another to the extent necessary for the performance of their duties, in particular by exchanging all useful information.

Article 2**Transborder flows of personal data to a recipient which is not subject to the jurisdiction of a Party to the Convention**

1 Each Party shall provide for the transfer of personal data to a recipient that is subject to the jurisdiction of a State or organisation that is not Party to the Convention only if that State or organisation ensures an adequate level of protection for the intended data transfer.

2 By way of derogation from paragraph 1 of Article 2 of this Protocol, each Party may allow for the transfer of personal data:

- a if domestic law provides for it because of:
- specific interests of the data subject, or
 - legitimate prevailing interests, especially important public interests, or

Article 1**Autorités de contrôle**

1 Chaque Partie prévoit qu'une ou plusieurs autorités sont chargées de veiller au respect des mesures donnant effet, dans son droit interne, aux principes énoncés dans les chapitres II et III de la Convention et dans le présent Protocole.

2

a A cet effet, ces autorités disposent notamment de pouvoirs d'investigation et d'intervention, ainsi que de celui d'ester en justice ou de porter à la connaissance de l'autorité judiciaire compétente des violations aux dispositions du droit interne donnant effet aux principes visés au paragraphe 1 de l'article 1 du présent Protocole.

b Chaque autorité de contrôle peut être saisie par toute personne d'une demande relative à la protection de ses droits et libertés fondamentales à l'égard des traitements de données à caractère personnel relevant de sa compétence.

3 Les autorités de contrôle exercent leurs fonctions en toute indépendance.

4 Les décisions des autorités de contrôle faisant grief peuvent faire l'objet d'un recours juridictionnel.

5 Conformément aux dispositions du chapitre IV et sans préjudice des dispositions de l'article 13 de la Convention, les autorités de contrôle coopèrent entre elles dans la mesure nécessaire à l'accomplissement de leurs missions, notamment en échangeant toute information utile.

Article 2**Flux transfrontières de données à caractère personnel vers un destinataire n'étant pas soumis à la juridiction d'une Partie à la Convention**

1 Chaque Partie prévoit que le transfert de données à caractère personnel vers un destinataire soumis à la juridiction d'un Etat ou d'une organisation qui n'est pas Partie à la Convention ne peut être effectué que si cet Etat ou cette organisation assure un niveau de protection adéquat pour le transfert considéré.

2 Par dérogation au paragraphe 1 de l'article 2 du présent Protocole, chaque Partie peut autoriser un transfert de données à caractère personnel:

- a si le droit interne le prévoit:
- pour des intérêts spécifiques de la personne concernée, ou
 - lorsque des intérêts légitimes prévalent, en particulier des intérêts publics importants, ou

Artikel 1**Kontrollstellen**

(1) Jede Vertragspartei sieht eine oder mehrere Stellen vor, die dafür zuständig sind, die Einhaltung der Maßnahmen zu gewährleisten, durch die in ihrem internen Recht die in den Kapiteln II und III des Übereinkommens und in diesem Protokoll aufgestellten Grundsätze verwirklicht werden.

(2)

a) Zu diesem Zweck haben die genannten Stellen insbesondere Untersuchungs- und Einwirkungsbefugnisse sowie das Klagerecht oder eine Anzeigebefugnis bei Verstößen gegen Vorschriften des internen Rechts, welche die in Absatz 1 genannten Grundsätze verwirklichen.

b) Jede Kontrollstelle kann von einer Person mit einer Eingabe in Bezug auf den Schutz ihrer Rechte und Grundfreiheiten bei den Verarbeitungen personenbezogener Daten, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, befasst werden.

(3) Die Kontrollstellen nehmen ihre Aufgaben in völliger Unabhängigkeit wahr.

(4) Gegen beschwerende Entscheidungen der Kontrollstellen steht der Rechtsweg offen.

(5) Unbeschadet des Artikels 13 des Übereinkommens sorgen die Kontrollstellen in Übereinstimmung mit Kapitel IV des Übereinkommens für die zur Erfüllung ihrer Kontrollaufgaben notwendige gegenseitige Zusammenarbeit, insbesondere durch den Austausch sachdienlicher Informationen.

Artikel 2**Grenzüberschreitender Verkehr personenbezogener Daten mit einem Empfänger, der nicht der Hoheitsgewalt einer Vertragspartei des Übereinkommens untersteht**

(1) Jede Vertragspartei sieht vor, dass personenbezogene Daten an einen Empfänger, der der Hoheitsgewalt eines Staates oder einer Organisation untersteht, der beziehungsweise die nicht Vertragspartei des Übereinkommens ist, nur dann weitergegeben werden dürfen, wenn dieser Staat oder diese Organisation ein angemessenes Schutzniveau für die beabsichtigte Datenweitergabe gewährleistet.

(2) Abweichend von Absatz 1 kann jede Vertragspartei die Weitergabe personenbezogener Daten erlauben,

- a) wenn dies im internen Recht vorgesehen ist
- wegen spezifischer Interessen des Betroffenen oder
 - wegen berechtigter überwiegender Interessen, insbesondere wichtiger öffentlicher Interessen, oder

- b if safeguards, which can in particular result from contractual clauses, are provided by the controller responsible for the transfer and are found adequate by the competent authorities according to domestic law.
- b si des garanties pouvant notamment résulter de clauses contractuelles sont fournies par la personne responsable du transfert, et sont jugées suffisantes par les autorités compétentes, conformément au droit interne.
- b) wenn Garantien, die sich insbesondere aus Vertragsklauseln ergeben können, von der für die Weitergabe verantwortlichen Stelle geboten werden und diese von den zuständigen Behörden in Übereinstimmung mit dem internen Recht für ausreichend befunden werden.

Article 3**Final provisions**

1 The provisions of Articles 1 and 2 of this Protocol shall be regarded by the Parties as additional articles to the Convention and all the provisions of the Convention shall apply accordingly.

2 This Protocol shall be open for signature by States Signatories to the Convention. After acceding to the Convention under the conditions provided by it, the European Communities may sign this Protocol. This Protocol is subject to ratification, acceptance or approval. A Signatory to this Protocol may not ratify, accept or approve it unless it has previously or simultaneously ratified, accepted or approved the Convention or has acceded to it. Instruments of ratification, acceptance or approval of this Protocol shall be deposited with the Secretary General of the Council of Europe.

3

- a This Protocol shall enter into force on the first day of the month following the expiry of a period of three months after the date on which five of its Signatories have expressed their consent to be bound by the Protocol in accordance with the provisions of paragraph 2 of Article 3.
- b In respect of any Signatory to this Protocol which subsequently expresses its consent to be bound by it, the Protocol shall enter into force on the first day of the month following the expiry of a period of three months after the date of deposit of the instrument of ratification, acceptance or approval.

4

- a After the entry into force of this Protocol, any State which has acceded to the Convention may also accede to the Protocol.
- b Accession shall be effected by the deposit with the Secretary General of the Council of Europe of an instrument of accession, which shall take effect on the first day of the month following the expiry of a period of three months after the date of its deposit.

5

- a Any Party may at any time denounce this Protocol by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.

Article 3**Dispositions finales**

1 Les Parties considèrent les dispositions des articles 1 et 2 du présent Protocole comme des articles additionnels à la Convention, et toutes les dispositions de la Convention s'appliquent en conséquence.

2 Le présent Protocole est ouvert à la signature des Etats signataires de la Convention. Après avoir adhéré à la Convention dans les conditions établies par celle-ci, les Communautés européennes peuvent signer le présent Protocole. Ce Protocole sera soumis à ratification, acceptation ou approbation. Un Signataire du présent Protocole ne peut le ratifier, l'accepter ou l'approuver, sans avoir antérieurement ou simultanément ratifié, accepté ou approuvé la Convention ou sans y avoir adhéré. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation du présent Protocole seront déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

3

- a Le présent Protocole entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date à laquelle cinq de ses Signataires auront exprimé leur consentement à être liés par le présent Protocole conformément aux dispositions de son article 3 paragraphe 2.
- b Pour tout Signataire du présent Protocole qui exprime ultérieurement son consentement à être lié par celui-ci, le présent Protocole entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

4

- a Après l'entrée en vigueur du présent Protocole, tout Etat qui a adhéré à la Convention pourra adhérer également au présent Protocole.
- b L'adhésion s'effectuera par le dépôt, près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, d'un instrument d'adhésion qui prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de son dépôt.

5

- a Toute Partie peut, à tout moment, dénoncer le présent Protocole en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

Artikel 3**Schlussbestimmungen**

(1) Die Vertragsparteien betrachten die Artikel 1 und 2 als Zusatzartikel zum Übereinkommen; alle Bestimmungen des Übereinkommens sind dementsprechend anzuwenden.

(2) Dieses Protokoll liegt für die Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens zur Unterzeichnung auf. Nachdem die Europäischen Gemeinschaften dem Übereinkommen unter den darin vorgesehenen Bedingungen beigetreten sind, können sie das Protokoll unterzeichnen. Das Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Ein Unterzeichner des Protokolls kann es nur ratifizieren, annehmen oder genehmigen, wenn er das Übereinkommen früher oder gleichzeitig ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat oder ihm beigetreten ist. Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden zu diesem Protokoll werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

(3)

- a) Dieses Protokoll tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Tag folgt, an dem fünf seiner Unterzeichner nach Absatz 2 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Protokoll gebunden zu sein.
- b) Für jeden Unterzeichner dieses Protokolls, der seine Zustimmung ausdrückt, durch das Protokoll gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

(4)

- a) Nach dem Inkrafttreten dieses Protokolls kann jeder Staat, der dem Übereinkommen beigetreten ist, auch dem Protokoll beitreten.
- b) Der Beitritt erfolgt durch die Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats; diese wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach ihrer Hinterlegung folgt.

(5)

- a) Jede Vertragspartei kann dieses Protokoll jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation kündigen.

b Such denunciation shall become effective on the first day of the month following the expiry of a period of three months after the date of receipt of such notification by the Secretary General.

6 The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council of Europe, the European Communities and any other State which has acceded to this Protocol of:

- a any signature;
- b the deposit of any instrument of ratification, acceptance or approval;
- c any date of entry into force of this Protocol in accordance with Article 3;
- d any other act, notification or communication relating to this Protocol.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Protocol.

Done at Strasbourg, this 8th day of November 2001, in English and in French, both texts being equally authentic, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each member State of the Council of Europe, the European Communities and any State invited to accede to the Convention.

b La dénonciation prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

6 Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil de l'Europe, aux Communautés européennes et à tout Etat ayant adhéré au présent Protocole:

- a toute signature;
- b le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation;
- c toute date d'entrée en vigueur du présent Protocole conformément à son article 3;
- d tout autre acte, notification ou communication ayant trait au présent Protocole.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Protocole.

Fait à Strasbourg, le 8 novembre 2001, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats membres du Conseil de l'Europe, aux Communautés européennes et à tout Etat invité à adhérer à la Convention.

b) Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

(6) Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Europarats, den Europäischen Gemeinschaften und jedem Staat, der diesem Protokoll beigetreten ist,

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls nach Artikel 3;
- d) jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Protokoll.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Straßburg am 8. November 2001 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarats, den Europäischen Gemeinschaften und allen zum Beitritt zu dem Übereinkommen eingeladenen Staaten beglaubigte Abschriften.

Gesetz
zu dem Abkommen vom 10. November 2000
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über die Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung schiffahrtspolizeilicher
Aufgaben auf dem deutsch-französischen Rheinabschnitt

Vom 16. August 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Vittel am 10. November 2000 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung schiffahrtspolizeilicher Aufgaben auf dem deutsch-französischen Rheinabschnitt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 16. August 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Kurt Bodewig

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über die Zusammenarbeit
bei der Wahrnehmung schiffahrtspolizeilicher Aufgaben
auf dem deutsch-französischen Rheinabschnitt

Accord
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement de la République française
relatif à la coopération
dans l'exercice des missions de police de la navigation
sur le secteur franco-allemand du Rhin

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Französischen Republik,
im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet –

in dem Wunsch, die Wahrnehmung der schiffahrtspolizeilichen Aufgaben und anderer Aufgaben der Gefahrenabwehr auf dem deutsch-französischen Rheinabschnitt zu verbessern,

in der Überzeugung, dass es erforderlich ist, diese Aufgaben und die Bedingungen ihrer Wahrnehmung durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien genau zu regeln,

in Anbetracht der Revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868,

in Anbetracht des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Schengener Übereinkommens (Schengener Durchführungsübereinkommen) sowie der dazu abgegebenen Erklärungen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeuten:

1. „deutsch-französischer Rheinabschnitt“: der Teil des Rheins, auf dem sich die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik befindet;
2. „zuständige Behörden“: die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien für die Wahrnehmung der Aufgaben, die Gegenstand dieses Abkommens sind, zuständigen Polizeibehörden und Schiffahrtsverwaltungen sowie deren Bedienstete und Beauftragte, und zwar
in der Bundesrepublik Deutschland
– die Wasser- und Schiffahrtsverwaltung des Bundes,
– die Wasserschutzpolizei des Landes Baden-Württemberg;
in der Französischen Republik
– der Service de la Navigation,
– die Gendarmerie nationale, insbesondere die Compagnie fluviale de gendarmerie du Rhin;
3. „Fahrzeuge“: Binnenschiffe einschließlich Kleinfahrzeuge und Fahren sowie schwimmende Geräte und Seeschiffe;

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et
le Gouvernement de la République française,
ci-après dénommés «les Parties contractantes»,

désireux d'améliorer l'exercice des missions de police de la navigation et des autres missions de prévention des risques sur le secteur franco-allemand du Rhin,

convaincus de la nécessité de réglementer avec précision ces missions et les conditions de leur exécution par les services compétents des Parties contractantes,

vu la Convention révisée pour la navigation du Rhin du 17 octobre 1868,

vu la Convention d'application de l'accord de Schengen du 19 juin 1990, ainsi que les déclarations annexes qui y sont jointes,

sont convenus de ce qui suit:

Article 1

Dans le présent Accord on entend par:

1. «Secteur franco-allemand du Rhin»: la partie du Rhin où se trouve située la frontière séparant la République fédérale d'Allemagne de la République française.
2. «Services compétents»: les services de police et de navigation compétents en vertu de la législation nationale des Parties contractantes pour l'exécution des missions qui font l'objet du présent Accord ainsi que leurs agents et les personnes habilitées par eux, en l'espèce:
En République fédérale d'Allemagne:
– le service fédéral de la navigation,
– la police fluviale du Land de Bade-Wurtemberg.
En République française:
– le service de la navigation,
– la gendarmerie nationale et, en particulier, la compagnie fluviale de gendarmerie du Rhin.
3. «Bateaux»: les bateaux de navigation intérieure, y compris les menues embarcations et les bacs, ainsi que les engins flottants et les navires de mer.

4. „schwimmende Anlagen“: schwimmende Einrichtungen, die in der Regel nicht zur Fortbewegung bestimmt sind, wie Badeanstalten, Docks, Landebrücken oder Bootshäuser;
5. „Schwimmkörper“: Flöße und andere einzeln oder in Verbindung fahrtauglich gemachte Gegenstände, soweit sie nicht Fahrzeuge oder schwimmende Anlagen sind.
4. «Etablissements flottants»: les installations flottantes qui ne sont pas normalement destinées à être déplacées, telles qu'établissements de bains, docks, embarcadères, ou hangars pour bateaux.
5. «Matériels flottants»: les radeaux ainsi que toute construction, assemblage ou objet apte à naviguer autre qu'un bateau ou un établissement flottant.

Artikel 2

Dieses Abkommen regelt die Zusammenarbeit der Behörden der Vertragsparteien, die in Artikel 1 Nummer 2 näher bezeichnet sind, bei der Wahrnehmung der nachfolgend aufgeführten Aufgaben auf dem deutsch-französischen Rheinabschnitt.

1. Schifffahrtspolizeiliche Aufgaben:

- a) Überwachung der Einhaltung der Vorschriften für die Schifffahrt:
- die aufgrund von völkerrechtlichen Übereinkünften mit Geltung für den Rhein erlassen worden sind,
 - der schifffahrtspolizeilichen Verordnungen, die gemeinsam von den Rheinuferstaaten und Belgien aufgrund von Beschlüssen der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt erlassen worden sind,
 - die gemeinsam oder einseitig von den Schifffahrtsverwaltungen der Vertragsparteien auf der Grundlage der schifffahrtspolizeilichen Verordnungen für den Rhein erlassen worden sind.
- b) Überprüfung der Schiffspapiere sowie der Befähigungszeugnisse der Schiffsführer und der anderen Besatzungsmitglieder sowie der Arbeitsbedingungen.
- c) Bei Unfällen und sonstigen Zwischenfällen:
- Feststellen der Situation am Ort des Unfalls oder des Zwischenfalls,
 - Durchführen der Maßnahmen, die dringend erforderlich sind, um die Sicherheit und Leichtigkeit der Schifffahrt zu gewährleisten oder um Gefahren abzuwehren.
- d) Die Aufgaben nach den Buchstaben a, b und c werden von den Polizeibehörden und den Schifffahrtsverwaltungen der Vertragsparteien im Rahmen ihrer innerstaatlichen Zuständigkeiten wahrgenommen.

2. Polizeiliche Ermittlungen:

- Tatbestandsaufnahme,
- Sammeln von Beweisen,
- Fahndung nach den Tätern.

Diese Aufgaben werden von den Polizeibehörden und den Schifffahrtsverwaltungen der Vertragsparteien im Rahmen ihrer innerstaatlichen Zuständigkeiten wahrgenommen.

3. Sonstige Aufgaben zur Gefahrenabwehr:

- a) Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für den Zustand des Rheins als Verkehrsweg für die Schifffahrt,
- b) Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit und Leichtigkeit der Schifffahrt.

Diese Aufgaben werden von den Schifffahrtsverwaltungen der Vertragsparteien im Rahmen ihrer innerstaatlichen Zuständigkeiten wahrgenommen. Die Aufgabenwahrnehmung nach Nummer 1 Buchstabe c bleibt unberührt.

4. Zustellung von Schriftstücken:

Zustellung von Schriftstücken auf Ersuchen der Verwaltungs- oder Justizbehörden einer Vertragspartei an Personen, die sich an Bord von Fahrzeugen, schwimmenden Anlagen oder Schwimmkörpern befinden, nach den innerstaatlichen Vorschriften dieser Vertragspartei. Diese Aufgaben werden von den zuständigen Polizeibehörden der Vertragspartei wahrgenommen, deren Verwaltungs- oder Justizbehörden um die Zustellung ersucht haben.

Article 2

Le présent Accord règle la coopération entre les services des Parties contractantes définis à l'article 1 paragraphe 2 pour l'exécution des missions ci-après sur le secteur franco-allemand du Rhin:

1. Missions de police de la navigation

- a) Veiller au respect des prescriptions concernant la navigation:
- prises en vertu des accords internationaux applicables sur le Rhin,
 - des règlements de police de la navigation pris en commun par les Etats riverains du Rhin et la Belgique sur le fondement des résolutions de la Commission Centrale pour la Navigation du Rhin,
 - prises en commun ou unilatéralement par les services de la navigation des Parties contractantes sur le fondement des règlements de police de la navigation du Rhin.
- b) Contrôler les documents de bord, les certificats des conducteurs et des autres membres d'équipage et les conditions de travail.
- c) En cas d'accident ou d'incident:
- procéder aux constatations d'usage sur les lieux de l'accident ou de l'incident,
 - prendre les mesures urgentes et nécessaires afin de garantir la sécurité et le bon ordre de la navigation, ou prévenir les risques.
- d) Les missions énumérées sous a), b) et c) sont exécutées par les services de police et les services de navigation des Parties contractantes dans le cadre de leur compétence nationale.

2. Enquêtes de police:

- constater les faits punissables,
- en rassembler les preuves,
- en rechercher les auteurs.

Ces missions sont exécutées par les services de police et les services de la navigation des Parties contractantes dans le cadre de leur compétence nationale.

3. Autres missions de prévention des risques:

- mesures de prévention des risques pour l'état du Rhin en tant que voie navigable,
- mesures de prévention des risques pour la sécurité et le bon ordre de la navigation.

Ces missions sont assurées par les services de la navigation des Parties contractantes dans le cadre de leur compétence nationale. La prise en charge des missions de l'article 2 paragraphe 1 c) reste inchangée.

4. Notifications de documents aux personnes:

Notifier les documents sur requête des autorités administratives ou judiciaires de l'une des Parties contractantes aux personnes se trouvant à bord des bateaux, établissements flottants ou matériels flottants selon les prescriptions nationales de cette Partie contractante. Ces missions sont assurées par les services de police compétents de la Partie contractante dont les autorités administratives ou judiciaires ont ordonné ces notifications.

Artikel 3

(1) Die zuständigen Behörden dürfen auf der gesamten Breite des deutsch-französischen Rheinabschnitts unter den in diesem Abkommen festgelegten Bedingungen ihre Aufgaben einschließlich der sich daraus ergebenden Maßnahmen wahrnehmen; das gilt auch für Rettungs-, Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen. Für Maßnahmen nach Artikel 2 Nummer 3 gilt diese Befugnis nur in dringenden Fällen.

(2) Aufgaben

- auf den Ufern, in den Hafeneinfahrten, auf den unmittelbar mit dem Rhein verbundenen künstlichen Wasserflächen, in den Flussmündungen und auf den Altrheinarmen sowie
 - auf den Seitenkanälen und den Schifffahrtsanlagen
- werden ausschließlich von der örtlich zuständigen Behörde wahrgenommen.

(3) Die zuständige Behörde einer Vertragspartei, die zuerst am Ort eines Unfalls oder Zwischenfalls auf dem deutsch-französischen Rheinabschnitt eintrifft, führt die dringend erforderlichen Maßnahmen aus. Sie unterrichtet unverzüglich die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei.

Artikel 4

Die Vertragsparteien stellen übereinstimmend fest, dass Titel III Kapitel 1 des Schengener Durchführungsübereinkommens Anwendung findet, insbesondere die Bestimmungen über gegenseitige Hilfeleistung, das Recht auf Observation und Nacheile, Haftung und Schadensersatz sowie den Informationsaustausch (Artikel 39, 40, 41, 43 und 46).

Artikel 5

Die zuständigen Behörden

- unterstützen einander mit technischen Maßnahmen, insbesondere durch den Einsatz von Tauchern, bei Hilfeleistungen und operativen Suchmaßnahmen;
- leisten Personen in Not und Fahrzeugen in Gefahr Hilfe. Dabei ergreifen sie alle Maßnahmen, die notwendig und zumutbar sind, um die Sicherheit von Personen oder Gütern zu gewährleisten.

Artikel 6

Auf die Verwendung personenbezogener Daten finden die Artikel 126 bis 130 des Schengener Durchführungsübereinkommens Anwendung.

Artikel 7

(1) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben dürfen die zuständigen Behörden an Bord ihrer Fahrzeuge den deutsch-französischen Rheinabschnitt auf seiner gesamten Breite befahren. Soweit erforderlich, dürfen sie mit ihren Fahrzeugen am Ufer im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei anlegen und sich auf dem Landweg zur nächstgelegenen Dienststelle der zuständigen Behörde begeben.

(2) Die zuständigen Behörden dürfen zur Erfüllung ihrer Aufgaben an Bord der Fahrzeuge, schwimmenden Anlagen oder Schwimmkörper gehen, die sich auf dem deutsch-französischen Rheinabschnitt befinden. Wohnräume und Arbeitsräume, die zugleich Wohnräume sind, dürfen sie ohne Zustimmung des Inhabers nur zur Abwehr einer Lebensgefahr oder einer erheblichen Gefahr für die Gesundheit betreten.

(3) Die zuständigen Behörden achten darauf, dass sie Fahrzeuge, schwimmende Anlagen oder Schwimmkörper nicht unmittelbar nacheinander aus denselben Gründen kontrollieren.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien dürfen auf dem deutsch-französischen Rheinabschnitt ihre Aufgaben auch gemeinsam wahrnehmen. Zu diesem Zweck dürfen die Bediens-

Article 3

1. Les services compétents peuvent exercer leurs missions sur toute la largeur du secteur franco-allemand du Rhin dans les conditions fixées par le présent Accord, y compris prendre les mesures qui en découlent ainsi que les mesures de sauvetage, de secours ou d'assistance. Pour les mesures citées à l'article 2 paragraphe 3 cette compétence ne vaut que dans les cas d'urgence.

2. Les missions:

- sur les rives, les entrées de ports, les plans d'eau artificiels reliés directement au Rhin, les débouchés de rivières, et les anciens bras du Rhin,
 - sur les canaux de dérivation, les ouvrages de navigation
- sont exercées exclusivement par le service territorialement compétent.

3. Le service compétent de l'une des Parties contractantes parvenu en premier sur les lieux d'un accident ou d'un incident survenu sur le secteur franco-allemand du Rhin prend toutes les mesures d'urgence nécessaires. Il en informe sans délai le service compétent de l'autre Partie contractante.

Article 4

Les Parties contractantes constatent d'un commun accord que le titre III chapitre 1 de la Convention d'application de l'accord de Schengen est applicable, en particulier les dispositions concernant l'entraide, le droit d'observation et de poursuite, la responsabilité et la réparation des dommages ainsi que l'échange de renseignements (articles 39, 40, 41, 43 et 46).

Article 5

Les services compétents:

- s'apportent mutuellement assistance en matière de concours technique en particulier par des plongeurs dans le cadre de missions de secours ou de recherches opérationnelles,
- portent secours aux personnes en détresse et prêtent assistance aux bateaux en danger. Dans ce cas, les services compétents prennent toutes les mesures nécessaires et possibles pour assurer la sécurité des personnes et des biens.

Article 6

En ce qui concerne l'utilisation des données personnelles, les dispositions des articles 126 à 130 de la Convention d'application de l'accord de Schengen sont applicables.

Article 7

1. Dans l'exercice de leurs missions, les services compétents peuvent circuler à bord de leurs embarcations sur toute la largeur du secteur franco-allemand du Rhin. Ils peuvent, en cas de nécessité, accoster sur la rive du territoire de l'autre Partie contractante et se rendre par voie de terre auprès du service compétent le plus proche.

2. Pour l'accomplissement de leurs missions, les services compétents peuvent monter à bord de tous les bateaux, établissements flottants ou matériels flottants se trouvant sur le secteur franco-allemand du Rhin. Ils ne peuvent pénétrer dans les locaux d'habitation ou dans les locaux de travail qui sont en même temps des locaux d'habitation, sans l'assentiment de l'occupant, que pour prévenir un danger de mort ou un danger grave pour la santé.

3. Les services compétents veillent à ne pas soumettre les bateaux, les établissements flottants ou les matériels flottants à des contrôles successifs pour le même objet.

4. Les services compétents des Parties contractantes sont autorisés à exécuter leurs missions également en commun sur le secteur franco-allemand du Rhin. Pour l'exécution de ces mis-

teten und Beauftragten der zuständigen Behörden einer Vertragspartei an Bord der Fahrzeuge der anderen Vertragspartei gehen und mitfahren.

Artikel 8

(1) Zuwiderhandlungen gegen die in Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a bezeichneten Vorschriften, die auf dem deutsch-französischen Rheinabschnitt begangen werden, werden nach dem Recht der Vertragspartei verfolgt und geahndet, deren zuständige Behörde die Zuwiderhandlung festgestellt hat.

(2) Zuwiderhandlungen gegen andere als die in Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a bezeichneten Vorschriften, die auf dem deutsch-französischen Rheinabschnitt begangen werden, werden nach dem für die Vertragsparteien geltenden Völkerrecht und dem Recht der Vertragsparteien verfolgt und geahndet.

Artikel 9

Jede Vertragspartei trägt die Kosten des Einsatzes ihrer zuständigen Behörden sowie die Kosten aus Unterstützungs- und Hilfeleistungen im Sinne des Artikels 5. Jede Vertragspartei kann jedoch nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts von den beteiligten Dritten die Erstattung von Kosten verlangen.

Artikel 10

(1) Jede Vertragspartei verzichtet gegenüber der anderen Vertragspartei auf die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen, die ihr aufgrund eines Schadens an ihrem Vermögen zustehen, wenn ein Bediensteter oder Beauftragter einer zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach diesem Abkommen den Schaden verursacht hat.

(2) Jede Vertragspartei verzichtet gegenüber der anderen Vertragspartei auf die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen, die ihr zustehen, weil ein Bediensteter oder Beauftragter ihrer zuständigen Behörden bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach diesem Abkommen von einem Bediensteten oder Beauftragten der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei verletzt oder getötet worden ist.

(3) Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung, wenn der Bedienstete oder der Beauftragte der zuständigen Behörde vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt hat.

Artikel 11

(1) Für Schäden, die durch Bedienstete oder Beauftragte der zuständigen Behörden einer Vertragspartei bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach diesem Abkommen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Dritten zugefügt worden sind, haftet die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der Schaden verursacht worden ist, nach Maßgabe der Vorschriften, die im Falle eines durch ihre eigenen zuständigen Behörden verursachten Schadens anzuwenden sind.

(2) Die Vertragspartei, deren Bediensteter oder Beauftragter der zuständigen Behörden im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einen Schaden verursacht hat, erstattet der anderen Vertragspartei den Gesamtbetrag des Schadensersatzes, den diese an die geschädigten Dritten oder deren Rechtsnachfolger geleistet hat.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadensersatzansprüchen zu erleichtern. Sie tauschen insbesondere alle ihnen zugänglichen Informationen über die Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

Artikel 12

Die Artikel 10 und 11 werden angewendet, ohne dass die in Artikel 4 aufgeführten Bestimmungen berührt werden.

sions, les agents des services compétents et les personnes habilitées par ceux-ci peuvent embarquer et naviguer à bord des embarcations de l'une ou l'autre des Parties contractantes.

Article 8

1. Les infractions aux prescriptions visées à l'article 2 paragraphe 1a) commises sur le secteur franco-allemand du Rhin font l'objet de poursuites et de sanctions conformément au droit de la Partie contractante dont le service compétent a constaté l'infraction.

2. Les infractions aux prescriptions autres que celles visées à l'article 2 paragraphe 1a) commises sur le secteur franco-allemand du Rhin font l'objet de poursuites et de sanctions conformément au droit international applicable aux Parties contractantes, et au droit des Parties contractantes.

Article 9

Chaque Partie contractante prend à sa charge les frais d'activité de ses services compétents ainsi que les frais résultant des mesures d'assistance et de secours mentionnés à l'article 5. Chaque Partie contractante peut, en fonction de sa législation nationale, demander le remboursement des frais aux tiers intéressés.

Article 10

1. Chaque Partie contractante renonce à faire valoir auprès de l'autre Partie contractante le remboursement des dommages causés à son patrimoine auquel elle aurait droit lorsqu'un agent des services compétents de l'autre Partie contractante ou une personne habilitée par ceux-ci a provoqué ces dommages dans l'exécution de missions découlant du présent Accord.

2. Chaque Partie contractante renonce à faire valoir auprès de l'autre Partie contractante ses droits à dédommagement auxquels elle aurait droit lorsqu'un agent de ses services compétents ou une personne habilitée par ceux-ci est tuée ou blessée dans l'exécution de missions découlant du présent Accord par un agent des services compétents de l'autre Partie contractante ou une personne habilitée par ceux-ci.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne sont pas applicables en cas de faute intentionnelle ou de faute lourde imputable à un agent des services compétents de l'autre Partie contractante ou à une personne habilitée par ceux-ci.

Article 11

1. Pour les dommages causés à des tiers par un agent des services compétents d'une Partie contractante ou une personne habilitée par ceux-ci dans l'exécution des missions découlant du présent Accord sur le territoire de l'autre Partie contractante, la responsabilité revient à la Partie contractante sur le territoire de laquelle les dommages ont été commis, conformément aux réglementations applicables pour l'indemnisation de dommages occasionnés par ses propres services compétents.

2. La Partie contractante dont l'agent des services compétents ou la personne habilitée par ceux-ci est à l'origine du dommage sur le territoire national de l'autre Partie contractante règle le montant total des dédommements versés par celle-ci aux tiers ou à leurs ayants droit.

3. Les services compétents des Parties contractantes coopèrent étroitement pour faciliter la liquidation des droits à dédommagement. Ils s'échangent notamment toutes les informations auxquelles ils ont accès concernant les dommages visés dans cet article.

Article 12

Les dispositions des articles 10 et 11 s'appliquent sans préjudice de celles visées à l'article 4.

Artikel 13

(1) Bei Ausübung ihres Dienstes oder Durchführung ihres Auftrags müssen die Bediensteten und Beauftragten der zuständigen Behörden einen Dienstausweis mit Lichtbild mit sich führen.

(2) Die Bediensteten der zuständigen Behörden sind berechtigt, bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ihre Dienstkleidung zu tragen sowie ihre für die Dienstausübung erforderliche Ausrüstung einschließlich der Dienstwaffen mitzuführen. Von ihren Dienstwaffen dürfen sie nur bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und nur in Fällen der Notwehr Gebrauch machen.

Artikel 14

(1) Die zuständigen Behörden gewähren den Bediensteten und Beauftragten der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben denselben Schutz und dieselbe Unterstützung wie ihren eigenen Bediensteten und Beauftragten.

(2) Die strafrechtlichen Bestimmungen einer Vertragspartei zum Schutz der Bediensteten und Beauftragten ihrer zuständigen Behörden gelten auch zugunsten der Bediensteten und Beauftragten der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei.

Artikel 15

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können sich gegenseitig die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Telekommunikationseinrichtungen zur Verfügung stellen. Die Einzelheiten regeln die zuständigen Behörden in einer besonderen Vereinbarung.

Artikel 16

(1) Jede Vertragspartei notifiziert der anderen Vertragspartei, dass die auf ihrer Seite notwendigen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind. Das Abkommen tritt in Kraft am ersten Tag des zweiten Monats, der auf den Tag des Zugangs der zweiten Notifikation folgt.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbegrenzte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann das Abkommen schriftlich durch Notifikation kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach Zugang dieser Notifikation bei der anderen Vertragspartei wirksam.

Geschehen zu Vittel am 10. November 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
Peter Hartmann

Für die Regierung der Französischen Republik
Pour le Gouvernement de la République française
Richard

Article 13

1. Dans l'exercice de ses fonctions ou pour l'accomplissement de ses missions, tout agent des services compétents ou toute personne habilitée par ceux-ci doit être porteur d'une carte professionnelle avec photographie.

2. Les agents des services compétents sont autorisés à porter, dans l'exercice de leurs missions, leur tenue de service et l'équipement nécessaire à leurs fonctions, y compris les armes réglementaires. Ils ne sont autorisés à user de leurs armes réglementaires que dans l'exercice de leurs missions et qu'en cas de légitime défense.

Article 14

1. Les services compétents accordent aux agents des services compétents de l'autre Partie contractante et aux personnes habilitées par ceux-ci pour l'exercice de leurs missions, la même protection et la même assistance qu'à leurs propres agents.

2. Les dispositions pénales de l'une des Parties contractantes destinées à protéger ses agents des services compétents et les personnes habilitées par ceux-ci, sont également applicables aux agents des services compétents de l'autre Partie contractante et aux personnes habilitées par ceux-ci.

Article 15

Les services compétents des Parties contractantes peuvent se mettre mutuellement à disposition le matériel de télécommunication nécessaire à l'accomplissement de leurs missions. Les modalités de détails sont réglées par une convention distincte entre les services compétents.

Article 16

1. Chacune des Parties contractantes notifie à l'autre l'accomplissement des procédures internes requises en ce qui la concerne pour l'entrée en vigueur du présent Accord. Cet Accord prend effet le premier jour du deuxième mois suivant le jour de réception de la seconde notification.

2. Le présent Accord est conclu pour une durée illimitée. Chaque Partie contractante peut le dénoncer par notification écrite. La dénonciation prend effet six mois après la date de réception par l'autre Partie contractante.

Fait à Vittel le 10 novembre 2000 en double exemplaire en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens der Vereinten Nationen
gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen
Vom 4. Juli 2002**

I.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (BGBl. 1993 II S. 1136) ist nach seinem Artikel 29 Abs. 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Israel am 18. Juni 2002
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalts.

Es wird in Kraft treten für

Ruanda am 11. August 2002
Thailand am 1. August 2002
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde angebrachten Vorbehalts.

II.

Vorbehalte und Erklärungen

Israel am 20. März 2002:

(Übersetzung)

„In accordance with paragraph 4 of Article 32, the Government of the State of Israel declares that it does not consider itself bound by the provisions of paragraph 2 of and 3 of this Article.“

„Nach Artikel 32 Absatz 4 erklärt die Regierung des Staates Israel, dass sie sich durch die Absätze 2 und 3 dieses Artikels nicht als gebunden betrachtet.“

Thailand am 3. Mai 2002:

(Übersetzung)

„The Government of the Kingdom of Thailand does not consider itself bound by the provisions of paragraph 2 of Article 32 of the United Nations Convention against Illicit Traffic in Narcotic Drugs and Psychotropic Substances.“

„Die Regierung des Königreichs Thailand betrachtet sich durch Artikel 32 Absatz 2 des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen nicht als gebunden.“

Das Vereinigte Königreich hat am 3. April 2002 die Anwendung des Übereinkommens auf Guernsey nach Maßgabe des nachstehenden Vorbehalts und der Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung)

„(1) Article 7, Paragraph 18 (Reservation)

„(1) Artikel 7 Absatz 18 (Vorbehalt)

The United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland will only consider the granting of immunity under Article 7, Paragraph 18, in relation to Guernsey, where this is specifically requested by the person to whom the immunity would apply or by the authority designated under Article 7, Paragraph 8 of the party from whom assistance is requested. A request for immunity will not be granted where the judicial authorities of Guernsey consider that to do so would be contrary to the public interest.

Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland wird die Gewährung von Immunität nach Artikel 7 Absatz 18 in Bezug auf Guernsey nur in Erwägung ziehen, wenn dies von der Person, für welche die Immunität gelten würde, oder von der nach Artikel 7 Absatz 8 bestimmten Behörde der Vertragspartei, die um Hilfe ersucht wird, eigens beantragt wird. Einem Antrag auf Immunität wird nicht stattgegeben, wenn die Justizbehörden von Guernsey der Auffassung sind, dass dies dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen würde.

(2) Article 7, Paragraph 8 (Notification)

The authority designated by the United Kingdom under Article 7, Paragraph 8, in relation to Guernsey, is

HM Attorney General for Guernsey
PO Box 96
St. James Chambers
St. Peter Port
Guernsey GY1 4BY
Telephone: 00 44 (0) 14 81 72 33 55
Facsimile: 00 44 (0) 14 81 72 54 39.

(3) Article 7, Paragraph 9 (Notification)

The language which is acceptable to the United Kingdom, in relation to Guernsey, for the purpose of Article 7, Paragraph 9, is English.

(4) Article 17 (7) (Notification)

The authority designated by the United Kingdom under Article 17 (7) in relation to Guernsey, is the

Guernsey Customs and Excise Department
PO Box 417
White Rock
St. Peter Port
Guernsey GY1 3WJ
Telephone: 00 44 (0) 14 81 72 69 11
Facsimile: 00 44 (0) 14 81 71 59 01."

(2) Artikel 7 Absatz 8 (Notifikation)

Die vom Vereinigten Königreich nach Artikel 7 Absatz 8 in Bezug auf Guernsey bestimmte Behörde ist

HM Attorney General for Guernsey
PO Box 96
St. James Chambers
St. Peter Port
Guernsey GY1 4BY
Tel.: +44 (0) 14 81 72 33 55
Fax: +44 (0) 14 81 72 54 39.

(3) Artikel 7 Absatz 9 (Notifikation)

Die für das Vereinigte Königreich in Bezug auf Guernsey annehmbare Sprache für die Zwecke des Artikels 7 Absatz 9 ist Englisch.

(4) Artikel 17 Absatz 7 (Notifikation)

Die vom Vereinigten Königreich nach Artikel 17 Absatz 7 in Bezug auf Guernsey bestimmte Behörde ist

Guernsey Customs and Excise Department
PO Box 417
White Rock
St. Peter Port
Guernsey GY1 3WJ
Tel.: +44 (0) 14 81 72 69 11
Fax: +44 (0) 14 81 71 59 01."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 22. März 2002 (BGBl. II S. 1038).

Berlin, den 4. Juli 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe
von Antipersonenminen und über deren Vernichtung**

Vom 11. Juli 2002

I.

Das am 18. September 1997 angenommene Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (BGBl. 1998 II S. 778) wird nach seinem Artikel 17 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Kongo, Demokratische Republik	am 1. November 2002
Suriname	am 1. November 2002.

II.

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 3. April 2002 mit Wirkung vom gleichen Tage die Erstreckung des Übereinkommens auf folgende Gebiete, deren internationale Beziehungen das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland wahrnimmt, notifiziert:

Guernsey
Jersey
Insel Man.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 22. März 2002 (BGBl. II S. 1037).

Berlin, den 11. Juli 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
des deutsch-tschechischen Abkommens
über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen**

Vom 11. Juli 2002

Das in Prag am 25. Juli 2001 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen ist nach seinem Artikel 12 Abs. 1

am 1. Oktober 2001

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 11. Juli 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Tschechischen Republik

in der Absicht, die Sicherheit aller Verschlusssachen zu gewährleisten, die von den zuständigen Behörden einer Vertragspartei oder auf deren Veranlassung eingestuft und der anderen Vertragspartei über die ermächtigten Behörden oder Stellen in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der öffentlichen Verwaltung oder im Rahmen von Vereinbarungen über Zusammenarbeit und Verträgen mit öffentlichen oder privaten Stellen beider Länder übermittelt wurden –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmung und Vergleichbarkeit

(1) Verschlusssachen im Sinne dieses Abkommens sind:

Im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, unabhängig von ihrer Darstellungsform. Sie werden entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit von den zuständigen Behörden oder auf deren Veranlassung in die einzelnen Verschlusssachengrade eingestuft. Verschlusssache umfasst insbesondere eine mündliche oder visuelle Mitteilung geheim gehaltenen Inhaltes, die elektromagnetische Übertragung geheim gehaltenen Inhaltes oder Materials. Material beinhaltet jeden Bestandteil einer Maschine, Anlage oder Waffe, sei sie hergestellt oder während des Erzeugungsprozesses, auch ein Dokument. Dokument bedeutet jeden Brief, Notiz, Niederschrift, Meldung, Memorandum, Nachricht, Skizze, Fotografie, Film, Karte, Diagramm, Plan, Notizblock, Siebdruckschablone, Kopierpapier, Farbband einer Schreibmaschine, Diskette oder eine andere Form aufgezeichneter Information (zum Beispiel Aufnahme auf einem Magnetband, magnetische Aufzeichnung, Lochkarte, Band).

(2) Die Vertragsparteien stellen fest, dass folgende innerstaatliche Verschlusssachengrade vergleichbar sind:

Bundesrepublik Deutschland	Tschechische Republik
STRENG GEHEIM	PŘÍSNĚ TAJNÉ
GEHEIM	TAJNÉ
VS-VERTRAULICH	DUVĚRNĚ
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH	VYHRAZENÉ.

In besonderen Fällen werden auf Antrag der tschechischen Seite Verschlusssachen des Verschlusssachengrades VYHRAZENÉ von der deutschen Seite wie Verschlusssachen des Verschlusssachengrades VS-VERTRAULICH behandelt.

Artikel 2

Innerstaatliche Maßnahmen

(1) Die Vertragsparteien treffen im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz von Verschlusssachen, die nach diesem Abkommen übermittelt

werden, beim Auftragnehmer entstehen oder von der ein Auftragnehmer im Zusammenhang mit einem solche Verschlusssachen enthaltenden Vertrag Kenntnis erhält. Die Vertragsparteien verleihen diesen Verschlusssachen mindestens den gleichen Schutz, der eigenen Verschlusssachen des entsprechenden Verschlusssachengrads gewährt wird.

(2) Die deutsche Vertragspartei wird für Verschlusssachen des Verschlusssachengrads VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH / VYHRAZENÉ mit Ausnahme der in Artikel 1 Absatz 2 angeführten besonderen Fälle Absatz 4 dieses Artikels, Artikel 3, Artikel 5 Absatz 1 sowie Artikel 6 nicht anwenden.

(3) Die Vertragsparteien werden die empfangenen Verschlusssachen nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung der zuständigen Behörde der übergebenden Vertragspartei, Behörden oder Stellen eines dritten Staates oder internationalen Organisationen zugänglich machen. Die Verschlusssachen können nur für den angegebenen Zweck verwendet und nur solchen Personen zugänglich gemacht werden, deren Tätigkeit die Kenntnis solcher Verschlusssachen notwendig macht.

(4) Die Verschlusssachen dürfen nur Personen zugänglich gemacht werden, bei denen eine Sicherheitsüberprüfung durchgeführt wurde. Die Sicherheitsüberprüfung für den entsprechenden Verschlusssachengrad wird gemäß den innerstaatlichen Rechtsvorschriften durchgeführt.

(5) Die Vertragsparteien sorgen auf dem Gebiet ihres Staates für die Einhaltung der Bestimmungen dieses Abkommens und für die erforderlichen Sicherheitsinspektionen.

Artikel 3

Verschlusssachenverträge

(1) Beabsichtigt ein Auftraggeber, einen Verschlusssachenvertrag mit einem Auftragnehmer abzuschließen, der sich auf dem Gebiet des Staates der anderen Vertragspartei befindet, so holt sich die zuständige Behörde des Auftraggebers von der zuständigen Behörde des Auftragnehmers eine Versicherung darüber ein, dass der vorgeschlagene Auftragnehmer eine Bestätigung über eine dem erforderlichen Verschlusssachengrad entsprechende Sicherheitsüberprüfung hat und dass er über die geeigneten Sicherheitsvorkehrungen verfügt, um einen entsprechenden Schutz der Verschlusssachen nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu gewährleisten.

(2) Die für den Auftraggeber zuständige Behörde ist dafür verantwortlich, dass jede Verschlusssache, die im Rahmen eines Vertrages an einen Auftragnehmer übermittelt wird oder im Zusammenhang damit entsteht, mit dem entsprechenden Verschlusssachengrad gekennzeichnet wird. Auf Antrag der für den Auftragnehmer zuständigen Behörde übergibt die für den Auftraggeber zuständige Behörde ein Verzeichnis der übergebenen und zu übergebenden Verschlusssachen mit den vorgenommenen und geforderten Verschlusssacheneinstufungen (Verschlusssacheneinstufungsliste). Der Auftragnehmer muss sich im Vertrag schriftlich zum Schutz der übergebenen und entstehenden Verschlusssachen nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften verpflichten.

(3) Die zuständige Behörde des Auftragnehmers bestätigt schriftlich den Empfang der Verschlusssacheneinstufungsliste nach Absatz 2 und leitet sie an den Auftragnehmer weiter.

(4) Die zuständige Behörde des Auftragnehmers wird im Einklang mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften die Kontrolle über den Geheimschutz der dem Auftragnehmer übergebenen und bei ihm entstehenden Verschlusssachen ausüben.

(5) Bei von den Auftraggebern zugelassenen Unterverträgen mit Verschlusssachen gelten dieselben Verfahren und derselbe Schutz der Verschlusssachen wie bei Verschlusssachenverträgen.

(6) Der Auftraggeber kann erst dann mit der Übermittlung von Verschlusssachen beginnen, wenn der Auftragnehmer den Schutz der Verschlusssachen nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften gewährleisten kann.

Artikel 4

Kennzeichnung der Verschlusssachen

(1) Die übergebenen und entstehenden Verschlusssachen sind bei der empfangenden Vertragspartei mit dem vergleichbaren innerstaatlichen Verschlusssachengrad nach Artikel 1 zu kennzeichnen.

(2) Bei der empfangenden Vertragspartei entstandene Vervielfältigungen und Übersetzungen sind wie die Originale zu kennzeichnen und wie solche nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu behandeln.

(3) Verschlusssachengrade werden von der zuständigen Behörde der empfangenden Vertragspartei auf Ersuchen der zuständigen Behörde der übergebenden Vertragspartei geändert oder aufgehoben. Die zuständige Behörde der übergebenden Vertragspartei teilt der zuständigen Behörde der empfangenden Vertragspartei eine Änderung oder Aufhebung des Verschlusssachengrades ohne unnötigen Verzug schriftlich mit.

Artikel 5

Übermittlung von Verschlusssachen

(1) Verschlusssachen werden von einem Staat in den anderen durch den diplomatischen Kurierdienst oder auf eine andere Art befördert, soweit dies nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften möglich ist. Die zuständige Behörde der empfangenden Vertragspartei bestätigt den Empfang der Verschlusssache und leitet sie an den Empfänger weiter.

(2) Die zuständigen Behörden können in Einzelfällen vereinbaren, dass Verschlusssachen auf einem anderen als dem diplomatischen Kurierweg befördert werden können, sofern die Einhaltung dieser Transportart den Transport oder die Erfüllung eines Vertrags unangemessen erschweren würde.

(3) In den Fällen eines anderen Übermittlungswegs als des diplomatischen Kurierwegs sind die folgenden Bedingungen einzuhalten:

1. Der Befördernde muss Inhaber einer Bestätigung über die Sicherheitsüberprüfung für den entsprechenden Verschlusssachengrad sein.
2. Die absendende Stelle muss ein Verzeichnis der übermittelten Verschlusssachen verwahren. Ein Exemplar dieses Verzeichnisses ist dem Empfänger zu übergeben.
3. Die übergebenen Verschlusssachen müssen für die Beförderung gemäß den geltenden innerstaatlichen Vorschriften gesichert sein.
4. Der Empfänger muss den Empfang der übergebenen Verschlusssache schriftlich bestätigen.
5. Die zuständige Behörde muss einen Kurierausweis oder eine Ermächtigung zur Beförderung von Verschlusssachen ausstellen, mit der sich der Befördernde ausweist.

(4) Erfordern es die Umstände, werden Transportart, Transportweg und Begleitschutz für jeden Einzelfall durch die zuständigen Behörden im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt.

(5) Die elektromagnetische Übermittlung von Verschlusssachen muss durch Nutzung kryptografischer Mittel erfolgen, sofern dies innerstaatliche Rechtsvorschriften erfordern. Die kryptografischen Mittel müssen von den zuständigen Behörden genehmigt sein, die im Einzelfall Näheres für die einzelnen Fälle der Übertragungen vereinbaren.

(6) Verschlusssachen des Verschlusssachengrads „VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH/VYHRAZENÉ“ können mit der Post versandt werden.

Artikel 6

Besuche

(1) Besuchern aus dem Staat einer Vertragspartei wird im Gebiet des Staates der anderen Vertragspartei Zugang zu Verschlusssachen sowie in Einrichtungen, in denen Verschlusssachen behandelt werden, nur nach vorhergehender Genehmigung der zuständigen Behörde des Gaststaates gewährt. Die Genehmigung wird nur Personen erteilt, die nach der vorherigen Sicherheitsüberprüfung durch die zuständige Behörde ihres Staates Zugang zu Verschlusssachen des entsprechenden Verschlusssachengrads haben.

(2) Die Genehmigung des Besuchs ist bei der zuständigen Behörde des zu besuchenden Staates vor dem geplanten Beginn des Besuchs zu beantragen. Die auf beiden Seiten zuständigen Behörden teilen einander die Einzelheiten über die Besuche mit und stellen sicher, dass der Schutz personenbezogener Angaben der Besucher eingehalten wird.

(3) Der Antrag auf Genehmigung des Besuchs muss in der Sprache des zu besuchenden Landes oder in englischer Sprache folgende Angaben enthalten:

1. Vor- und Familienname, Geburtsdatum und -ort sowie die Nummer des Reisedokuments des Besuchers;
2. Dienstbezeichnung des Besuchers und Name der Behörde oder Stelle, die er vertritt;
3. Staatsangehörigkeit des Besuchers;
4. Grad der Sicherheitsüberprüfung des Besuchers für den Zugang zu Verschlusssachen;
5. Zweck des Besuchs und Ankunfts- und Abreisedatum des Besuchers;
6. Angabe der Stellen, Personen und Objekte, die besucht werden sollen.

Artikel 7

Verletzung von innerstaatlichen Rechtsvorschriften über den Schutz von Verschlusssachen

(1) Wird die Verletzung von innerstaatlichen Rechtsvorschriften zum Schutz von Verschlusssachen nicht ausgeschlossen oder vermutet oder festgestellt, so ist dies der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei unverzüglich mitzuteilen.

(2) Die Verletzung von innerstaatlichen Rechtsvorschriften zum Schutz von Verschlusssachen wird nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der zuständigen Vertragspartei untersucht und verfolgt. Die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei ist über das Ergebnis zu unterrichten.

Artikel 8

Kosten

Die einer Vertragspartei bei der Durchführung dieses Abkommens entstandenen Kosten werden von der anderen Vertragspartei nicht erstattet.

Artikel 9**Zuständige Behörden**

Die Vertragsparteien unterrichten einander über die für den Schutz von Verschlussachen zuständigen und verantwortlichen Behörden.

Artikel 10**Verhältnis zu anderen Übereinkünften über den Schutz von Verschlussachen**

Zwischen den Vertragsparteien bestehende Übereinkünfte über den Schutz von Verschlussachen werden durch dieses Abkommen nicht berührt. Die Bestimmungen der Übereinkünfte, die im Widerspruch zu den Bestimmungen dieses Abkommens stehen, werden nicht angewandt; an ihre Stelle treten die Bestimmungen dieses Abkommens. Alle vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens übermittelten Verschlussachen werden nach den Bestimmungen dieses Abkommens geschützt.

Artikel 11**Konsultationen und Kontrollen**

(1) Die zuständigen Behörden der Staaten der Vertragsparteien nehmen von den im Staat der anderen Vertragspartei geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zum Schutz von Verschlussachen Kenntnis.

(2) Um eine enge Zusammenarbeit bei der Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten, konsultieren die zuständigen Behörden einander auf Antrag.

(3) Jede Vertragspartei ermöglicht der zuständigen Behörde des Staates der anderen Vertragspartei oder einer anderen Behörde nach Artikel 9, auf die sich die Vertragsparteien verständigen, Besuche auf dem Gebiet ihres Staates, um mit dieser Behörde über Verfahren und Maßnahmen zum Schutz von Ver-

schlussachen zu verhandeln und um den Schutz der übermittelten Verschlussachen zu kontrollieren. Die Vertragsparteien werden bei der Prüfung, ob die übergebenen Verschlussachen ausreichend geschützt werden, zusammenarbeiten.

Artikel 12**Schlussbestimmungen**

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tage des dritten Monats nach dem Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(3) Streitigkeiten über die Auslegung oder Durchführung dieses Abkommens werden durch Verhandlungen der zuständigen Behörden der Vertragsparteien beigelegt.

(4) Änderungen dieses Abkommens können nach gegenseitiger Zustimmung der Vertragsparteien schriftlich vorgenommen werden.

(5) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen schriftlich auf diplomatischem Wege kündigen. Die Gültigkeit des Abkommens endet mit Ablauf von sechs Monaten nach dem Tag der Zustellung der Kündigung an die andere Vertragspartei. Im Falle der Kündigung sind die aufgrund dieses Abkommens übermittelten oder beim Auftragnehmer entstandenen Verschlussachen weiterhin nach den Bestimmungen des Artikels 2 zu behandeln, solange das Bestehen der Einstufung dies erfordert.

(6) Die Registrierung dieses Vertrages beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Vertragspartei veranlasst, auf deren Staatsgebiet das Abkommen unterzeichnet wird. Der andere Vertragsstaat wird unter Angabe der Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Prag am 25. Juli 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Andreas Meitzner

Für die Regierung der Tschechischen Republik
Tomáš Kadlec

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung**

Vom 17. Juli 2002

I.

Das Haager Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (BGBl. 1990 II S. 206, 207) ist nach seinem Artikel 38 Abs. 5 im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu

Brasilien am 1. Mai 2002
nach Maßgabe des nachstehenden Vorbehalts und der Angaben zur zentralen Behörde

in Kraft getreten.

Brasilien hat der Regierung der Niederlande bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 19. Oktober 1999 nachstehenden Vorbehalt notifiziert:

(Übersetzung)

«... avec une réserve quant à l'article 24 de ladite Convention, permise par son article 42, pour établir que les documents étrangers annexés aux actes judiciaires soient accompagnés de leur traduction en portugais par un traducteur assermenté officiel.»

„... mit einem nach Artikel 42 des Übereinkommens zulässigen Vorbehalt zu dessen Artikel 24 dahin gehend, dass ausländische Schriftstücke, die gerichtlichen Urkunden beigelegt werden, mit einer von einem amtlich vereidigten Übersetzer gefertigten Übersetzung ins Portugiesische zu übermitteln sind.“

Brasilien hat ferner der Regierung der Niederlande am 13. Dezember 2001 folgende Zentrale Behörde nach Artikel 6 Abs. 1 notifiziert:

„Secretaria de Estado dos Direitos Humanos
Ministério da Justiça
Esplanada dos Ministérios, bloco T, 4º andar, sala 420
70064-900 Brasília, Brasil
Tel.: (5561) 429 3454; (5561) 225 0906
Fax: (5561) 223 2260
direitoshumanos@mj.gov.br“.

II.

Die Bundesrepublik Jugoslawien hat der Regierung der Niederlande am 6. Februar 2002 nachstehende Angaben zur Zentralen Behörde nach Artikel 6 Abs. 1 und Abs. 2 notifiziert:

(Übersetzung)

“In line with Article 6, para 1 of the Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction, the central authority in charge of obligations envisaged by the Convention in the Federal Republic of Yugoslavia, are as follows:

1. The Ministry of Justice and Local Self-Government of the Republic of Serbia, Belgrade, 22 Nemanjina Street, No. telephone/fax +381 11 361 287. Contact person: Mr. Milisav Coguric, Head of the Department for International Legal Assistance in the Ministry of Justice and Local Self-Government of the Republic of Serbia.
2. Ministry of Justice of the Republic of Montenegro – Sector for Justice, Podgorica, 3 Vuka Karadzica Street, No.

„Im Einklang mit Artikel 6 Absatz 1 des Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung sind die zentralen Behörden, welche die durch das Übereinkommen übertragenen Aufgaben in der Bundesrepublik Jugoslawien wahrnehmen, folgende:

1. Das Ministerium der Justiz und der kommunalen Selbstverwaltung der Republik Serbien, Belgrad, Nemanjina-Straße 22, Tel./Fax: +381 11 361 287. Ansprechpartner: Herr Milisav Coguric, Leiter der Abteilung für Internationale Rechtshilfe im Ministerium der Justiz und der kommunalen Selbstverwaltung der Republik Serbien.
2. Das Ministerium der Justiz der Republik Montenegro – Bereich Justiz, Podgorica, Vuka-Karadzica-Straße 3, Tel./Fax:

telephone/fax +381 081 248 541. Contact person: Ms. Vesna Ratkovic, Assistant Minister of Justice for Judicial Affairs of the Republic of Montenegro, No. telephone/fax +381 081 248 531, e-mail: vesnarat@cg.yu.

In addition, in accordance with Article 6, para 2 of the Convention on Civil Aspects of International Child Abduction, the central authority to which requests should be sent for onward transmission to the central authority in the Federal Republic of Yugoslavia, is the Federal Ministry of Justice of the Federal Republic of Yugoslavia, at the following address: Beograd, Palata federacije 2 Bulevar Lenjina Street. The contact persons for the above Convention in the Federal Ministry of Justice, are as follows:

1. Mr. Nebojsa Sarkic, Assistant Federal Minister of Justice of the Federal Republic of Yugoslavia,
No. telephone +381 11 311 24 10 or +381 11 311 26 43,
No. fax +381 11 141 997 or +381 11 311 17 10.
2. Ms. Mirjana Lisov, Senior Adviser in the Federal Ministry of Justice of the Federal Republic of Yugoslavia,
No. telephone +381 11 311 27 49 or +381 11 311 11 70, extension 2481.
3. Ms. Katarina Jovicic, Adviser in the Federal Ministry of Justice of the Federal Republic of Yugoslavia,
No. telephone +381 11 311 11 70, extension 2470."

+381 081 248 541, Ansprechpartnerin: Frau Vesna Ratkovic, stellvertretende Ministerin für Justiz und gerichtliche Angelegenheiten der Republik Montenegro, Tel./Fax: +381 081 248 531, E-Mail: vesnarat@cg.yu.

Ferner ist die zentrale Behörde nach Artikel 6 Absatz 2 des Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung, an welche die Anträge zur Übermittlung an die zentrale Behörde in der Bundesrepublik Jugoslawien gerichtet werden sollten, das Bundesministerium der Justiz der Bundesrepublik Jugoslawien, unter der Anschrift: Belgrad, Palast der Föderation, Lenjina-Boulevard 2 (Palata federacije, 2 Bulevar Lenjina). Die Ansprechpartner im Bundesministerium der Justiz für das genannte Übereinkommen sind:

1. Herr Nebojsa Sarkic, Stellvertretender Bundesminister der Justiz der Bundesrepublik Jugoslawien,
Tel.: +381 11 311 24 10 oder +381 11 311 26 43,
Fax: +381 11 141 997 oder +381 11 311 17 10.
2. Frau Mirjana Lisov, Leitende Beraterin im Bundesministerium der Justiz der Bundesrepublik Jugoslawien,
Tel.: +381 11 311 27 49 oder +381 11 311 11 70, Apparat 2481.
3. Frau Katarina Jovicic, Beraterin im Bundesministerium der Justiz der Bundesrepublik Jugoslawien,
Tel.: +381 11 311 11 70, Apparat 2470."

Die Türkei hat der Regierung der Niederlande am 24. Januar 2002 folgende Zentrale Behörde notifiziert:

„Ministry of Justice
The General Directorate of International Law and Foreign Relations
Adresse: Milli Müdafaa Cad. No: 22
06659 Ankara, Turkey
Telephone: 90 (312) 425 84 97
90 (312) 418 29 32
Telefax: 90 (312) 425 02 90“.

III.

Finnland hat der Regierung der Niederlande am 21. Juni 2000 nachstehenden Einspruch zu dem von Brasilien bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde angebrachten Vorbehalt notifiziert:

(Übersetzung)

"... The Government of Finland has noted that when ratifying the Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction (1980) on 19 October 1999 Brazil has made the following reservation:

'... with a reservation as provided for in Article 24 of the said Convention (permitted under Article 42), to the effect that foreign documents appended to legal instruments must be accompanied by a translation into Portuguese done by a sworn translator.'

„... Die Regierung von Finnland hat festgestellt, dass Brasilien bei der Ratifikation des Haager Übereinkommens von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung am 19. Oktober 1999 folgenden Vorbehalt angebracht hat:

„... mit einem nach Artikel 42 des Übereinkommens zulässigen Vorbehalt zu dessen Artikel 24 dahin gehend, dass ausländische Schriftstücke, die gerichtlichen Urkunden beigelegt werden, mit einer von einem amtlich vereidigten Übersetzer gefertigten Übersetzung ins Portugiesische zu übermitteln sind.“

The Government of Finland is unable to accept the reservation in so far as it is incompatible with Article 24(2) and 42(1) of the Convention.

According to the Article 24(1), any application, communication or other document sent to the Central Authority shall be in the original language, and shall be accompanied by a translation into the official language or one of the official languages of the requested State, or where that is not feasible, a translation into French or English. Under Article 24(2) a Contracting State may, by making a reservation, object the use of either French or English, but not both, in any application, communication or other document sent to its Central Authority.

Having regard to the wording and the purpose of this provision the Finnish Government considers that the reservation made by Brazil, which excludes the use of both French and English languages in cases where it is not feasible to obtain a translation of the document into Portuguese, is not allowed under Article 24(2) and 42(1). In conclusion, the Finnish Government declares that in relation to Finland this reservation may not be invoked by the authorities of Brazil in so far as this would be incompatible with the aforementioned provisions of the Convention.

This declaration is not to be interpreted as preventing the entry into force of the Convention between Finland and Brazil."

Finnland hat der Regierung der Niederlande am 18. Oktober 2000 nachstehenden Einspruch zu dem von der Türkei bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalt notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 3. Januar 2001, BGBl. II S. 165):

(Übersetzung)

"... The Government of Finland has noted that when ratifying the Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction (1980) on 31 May 2000 Turkey has made the following reservation:

'In accordance with paragraph 3 of Article 26, the Republic of Turkey shall not be bound to assume any costs and expenses of the proceedings or, where applicable, those arising from the participation of legal counsel or advisers and those returning the child.'

The Government of Finland is unable to accept the reservation in so far as it is incompatible with Article 26(3) and 42(1) of the Convention.

According to the Article 26(3), a Contracting State may, by making a reservation in accordance with Article 42, declare that it shall not be bound to assume any costs referred to in the preceding paragraph

Die Regierung von Finnland kann diesen Vorbehalt nicht annehmen, soweit er mit Artikel 24 Absatz 2 und Artikel 42 Absatz 1 des Übereinkommens unvereinbar ist.

Nach Artikel 24 Absatz 1 werden Anträge, Mitteilungen oder sonstige Schriftstücke der zentralen Behörde in der Originalsprache zugesandt; sie müssen von einer Übersetzung in die Amtssprache oder eine der Amtssprachen des ersuchten Staates oder, wenn eine solche Übersetzung nur schwer erhältlich ist, von einer Übersetzung ins Französische oder Englische begleitet sein. Nach Artikel 24 Absatz 2 kann ein Vertragsstaat einen Vorbehalt anbringen und darin gegen die Verwendung des Französischen oder Englischen, jedoch nicht beider Sprachen, in den seiner zentralen Behörde übersandten Anträgen, Mitteilungen oder sonstigen Schriftstücken Einspruch erheben.

Im Hinblick auf Wortlaut und Zweck dieser Bestimmung ist die finnische Regierung der Auffassung, dass der von Brasilien angebrachte Vorbehalt, der die Verwendung sowohl der französischen als auch der englischen Sprache in den Fällen ausschließt, in denen eine Übersetzung des Schriftstücks in die portugiesische Sprache nur schwer erhältlich ist, nach Artikel 24 Absatz 2 und Artikel 42 Absatz 1 nicht zulässig ist. Infolgedessen erklärt die finnische Regierung, dass sich die Behörden Brasiliens im Verhältnis zu Finnland nicht auf diesen Vorbehalt berufen dürfen, soweit dies mit den genannten Bestimmungen des Übereinkommens unvereinbar wäre.

Diese Erklärung ist nicht so auszulegen, als verhindere sie das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Finnland und Brasilien."

"... Die Regierung von Finnland hat festgestellt, dass die Türkei bei der Ratifikation des Haager Übereinkommens von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung am 31. Mai 2000 folgenden Vorbehalt angebracht hat:

'Im Einklang mit Artikel 26 Absatz 3 ist die Republik Türkei nicht gebunden, Verfahrenskosten oder Kosten, die sich gegebenenfalls aus der Beordnung eines Rechtsanwalts oder aus der Rückgabe des Kindes ergeben, zu übernehmen.'

Die Regierung von Finnland kann diesen Vorbehalt nicht annehmen, soweit er mit Artikel 26 Absatz 3 und Artikel 42 Absatz 1 des Übereinkommens unvereinbar ist.

Nach Artikel 26 Absatz 3 kann ein Vertragsstaat einen Vorbehalt nach Artikel 42 anbringen und darin erklären, dass er nur insoweit gebunden ist, die sich aus der Beordnung eines Rechtsanwalts oder aus

resulting from the participation of legal counsel or advisers or from court proceedings, except insofar as those costs may be covered by its system of legal aid and advice.

Having regard to the wording and the purpose of this provision the Finnish Government considers that the reservation made by Turkey, which excludes also the costs covered by Turkey's system of legal aid and advice, is not allowed under Article 26(3) and 42(1). In conclusion, the Finnish Government declares that in relation to Finland this reservation may not be invoked by Turkey in so far as this would be incompatible with the aforementioned provisions of the Convention ...".

einem Gerichtsverfahren ergebenden Kosten im Sinne des Artikels 26 Absatz 2 zu übernehmen, als diese Kosten durch sein System der Prozesskosten- und Beratungshilfe gedeckt sind.

Im Hinblick auf Wortlaut und Zweck dieser Bestimmung ist die finnische Regierung der Auffassung, dass der von der Türkei angebrachte Vorbehalt, der auch die Kosten ausschließt, die durch sein System der Prozesskosten- und Beratungshilfe gedeckt sind, nach Artikel 26 Absatz 3 und Artikel 42 Absatz 1 nicht zulässig ist. Infolgedessen erklärt die finnische Regierung, dass sich die Türkei im Verhältnis zu Finnland nicht auf diesen Vorbehalt berufen kann, soweit dies mit den genannten Bestimmungen des Übereinkommens unvereinbar wäre ...".

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 3. Januar 2001 (BGBl. II S. 165) und 18. Dezember 2001 (BGBl. 2002 II S. 156).

Berlin, den 17. Juli 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge**

Vom 18. Juli 2002

I.

Das Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1953 II S. 559) ist nach seinem Artikel 43 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Moldau, Republik	am	1. Mai 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen und Vorbehalte		
St. Kitts und Nevis	am	2. Mai 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung		
Weißrussland	am	21. November 2001
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung.		

Es wird ferner für

Ukraine	am	8. September 2002
---------	----	-------------------

in Kraft treten.

II.

Vorbehalte und Erklärungen

Malta hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 17. Januar 2002 mit Wirkung vom selben Tage mit nachstehender Erklärung die Teilerücknahme seines bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde angebrachten Vorbehalts notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 14. Dezember 1971, BGBl. 1972 II S. 30):

(Übersetzung)

"... the Government of Malta ... hereby withdraws the reservations relating to Article 7 (2), Articles 14, 27, 28, 7 (3), (4), (5), 8, 9, 17, 18, 31 and 32; ... and confirms that: Article 23 shall not apply to Malta, and Articles 11, and 34 shall apply to Malta compatibly and with its own special problems, its peculiar position and characteristics."

"... die Regierung von Malta ... nimmt hiermit die Vorbehalte in Bezug auf Artikel 7 Absatz 2, die Artikel 14, 27 und 28, Artikel 7 Absätze 3, 4 und 5 sowie die Artikel 8, 9, 17, 18, 31 und 32 zurück ... und bekräftigt, dass Artikel 23 auf Malta keine Anwendung findet und dass die Artikel 11 und 34 auf Malta Anwendung finden*), soweit dies mit seinen eigenen Sonderproblemen, seiner besonderen Stellung und seinen besonderen Eigenschaften vereinbar ist."

Ferner hat Malta am 17. Januar 2002 mit Wirkung vom selben Tage mit nachstehender Erklärung seine bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebene Erklärung nach Artikel 1 Abschnitt B Abs. 1 wie folgt geändert (vgl. die Bekanntmachung vom 14. Dezember 1971, BGBl. 1972 II S. 30):

(Übersetzung)

"The Government of Malta ... declares, under Article 1 B(1) thereof, that 'events occurring before 1st January 1951' in article 1, Section A, shall be understood to mean 'events occurring in Europe or elsewhere before [1st] January 1951'."

"Die Regierung von Malta ... erklärt nach Artikel 1 Abschnitt B Absatz 1 des Abkommens, dass es sich bei 'Ereignisse[n], die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind', im Sinne des Artikels 1 Abschnitt A um 'Ereignisse, die vor dem [1.] Januar 1951 in Europa oder anderswo eingetreten sind', handelt."

Die Republik Moldau bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 31. Januar 2002:

(Übersetzung)

Declarations and reservations (Courtesy Translation)

Erklärungen und Vorbehalte (Höflichkeitsübersetzung)

“... [T]he Republic of Moldova has acceded to the Convention relating to the Status of Refugees adopted on 28 July 1951 at Geneva, considering itself bound by Article 1 section B paragraph (1) letter B thereof, that is to say ‘events occurring in Europe or elsewhere before 1 January 1951’ ... with the following declarations and reservations:

„... [D]ie Republik Moldau ist dem am 28. Juli 1951 in Genf angenommenen Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge beigetreten und betrachtet sich durch Artikel 1 Abschnitt B Absatz 1 Buchstabe b, d.h. durch den Wortlaut ‚Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 in Europa oder anderswo eingetreten sind‘, als gebunden; [hierzu] gibt sie die folgenden Erklärungen ab und bringt die folgenden Vorbehalte an:

1. According to paragraph 1, Article 40 of the Convention, the Republic of Moldova declares that, until the full restoration of the territorial integrity of the Republic of Moldova, the provisions of this Convention are applicable only in the territory where the jurisdiction of the Republic of Moldova is exercised.
 2. The Republic of Moldova shall apply the provisions of this convention with no discrimination generally not only as to race, religion or country of origin as stipulated in Article 3 of the Convention.
 3. For the purposes of this Convention by the notion ‘residence’ shall be understood the permanent and lawful domicile.
 4. According to paragraph 1 of Article 42 of the Convention, the Republic of Moldova reserves the right that the provisions of the Convention, according to which refugees shall be accorded treatment not less favorable than that accorded aliens generally, are not interpreted as an obligation to offer refugees a regime similar to that accorded to the citizens of the states with which the Republic of Moldova has signed regional customs, economic, political and social security treaties.
 5. According to paragraph 1 of Article 42 of the Convention, the Republic of Moldova reserves the right to consider the provisions of Article 13 as recommendations and not as obligations.
 6. According to paragraph 1 of Article 42 of the Convention, the Republic of Moldova reserves the right to consider the provisions of Article 17 (2) as recommendations and not as obligations.
 7. According to paragraph 1 of Article 42 of the Convention, the Republic of Moldova interprets the provisions of Article 21 of the Convention as not obliged to accord housing to refugees.
1. Nach Artikel 40 Absatz 1 des Abkommens erklärt die Republik Moldau, dass das Abkommen bis zur vollständigen Wiederherstellung der territorialen Unversehrtheit der Republik Moldau nur auf das Gebiet anwendbar ist, in dem die Hoheitsgewalt der Republik Moldau ausgeübt wird.
 2. Die Republik Moldau wird die Bestimmungen des Abkommens generell ohne unterschiedliche Behandlung – d.h. nicht nur aus Gründen der Rasse, der Religion oder des Herkunftslands, wie es in Artikel 3 des Abkommens vorgesehen ist – anwenden.
 3. Im Sinne des Abkommens ist unter dem Begriff ‚Aufenthalt‘ der ständige und rechtmäßige Wohnsitz zu verstehen.
 4. Nach Artikel 42 Absatz 1 des Abkommens behält sich die Republik Moldau das Recht vor, Bestimmungen des Abkommens, denen zufolge Flüchtlingen eine nicht weniger günstige Behandlung gewährt wird als Ausländern im Allgemeinen, nicht als Verpflichtung zu verstehen, Flüchtlingen Regelungen anzubieten, die mit denjenigen vergleichbar sind, die Angehörigen der Staaten gewährt werden, mit denen die Republik Moldau regionale Übereinkünfte in den Bereichen Zoll, Wirtschaft, Politik oder soziale Sicherheit geschlossen hat.
 5. Nach Artikel 42 Absatz 1 des Abkommens behält sich die Republik Moldau das Recht vor, die Bestimmungen des Artikels 13 als Empfehlungen und nicht als Verpflichtungen zu betrachten.
 6. Nach Artikel 42 Absatz 1 des Abkommens behält sich die Republik Moldau das Recht vor, die Bestimmungen des Artikels 17 Absatz 2 als Empfehlungen und nicht als Verpflichtungen zu betrachten.
 7. Nach Artikel 42 Absatz 1 des Abkommens legt die Republik Moldau Artikel 21 des Abkommens nicht so aus, als würde ihr dadurch die Verpflichtung auferlegt, Flüchtlingen Wohnraum zu beschaffen.

- | | |
|--|--|
| <p>8. The Government of the Republic of Moldova reserves the right to apply the provisions of Article 24 so that they do not infringe upon the constitutional and domestic legislation provisions regarding the right to labor and social protection.</p> <p>9. According to paragraph 1 of Article 42 of the Convention, in implementing Article 26 of this Convention, the Republic of Moldova reserves the right to establish the place of residence for certain refugees or groups of refugees in the interest of the state and society.</p> <p>10. The Republic of Moldova shall apply the provisions of Article 31 of the Convention as of the date of the entry into force of the Law on Refugee Status."</p> | <p>8. Die Regierung der Republik Moldau behält sich das Recht vor, Artikel 24 so anzuwenden, dass dadurch nicht gegen die verfassungsmäßigen und innerstaatlichen Rechtsvorschriften über das Recht auf Arbeit und die soziale Sicherheit verstoßen wird.</p> <p>9. Nach Artikel 42 Absatz 1 des Abkommens behält sich die Republik Moldau bei der Durchführung des Artikels 26 des Abkommens das Recht vor, den Aufenthalt bestimmter Flüchtlinge oder Flüchtlingsgruppen im Interesse von Staat und Gesellschaft zu bestimmen.</p> <p>10. Die Republik Moldau wendet Artikel 31 des Abkommens ab dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes über die Rechtsstellung von Flüchtlingen an."</p> |
|--|--|

St. Kitts und Nevis bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 1. Februar 2002:

(Übersetzung)

"The Government of St Kitts and Nevis chooses alternative (b) of Article 1 B (1) of the 1951 Convention for the purposes of its obligations under the Covention."

„Die Regierung von St. Kitts und Nevis wählt die Formulierung b des Artikels 1 Abschnitt B Absatz 1 des Abkommens von 1951 für die Zwecke der von St. Kitts und Nevis auf Grund des Abkommens übernommenen Verpflichtungen.“

Weißrussland bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 23. August 2001:

(Übersetzung)

"... in view of the accession of the Republic of Belarus to the Convention relating to the Status of Refugees, adopted in Geneva [on] 28 July 1951, and with reference to provisions of article 1 (Section B (1)), the Republic of Belarus will implement the Convention relating to the Status of Refugees with regard to the events occurring in Europe or elsewhere before 1 January 1951."

„... in Hinblick auf den Beitritt der Republik Belarus zu dem [am] 28. Juli 1951 in Genf angenommenen Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und unter Hinweis auf Artikel 1 Abschnitt B Absatz 1 wird die Republik Belarus das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge in Bezug auf die Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 in Europa oder anderswo eingetreten sind, durchführen.“

III.

Das Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1969 II S. 1293) ist nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Moldau, Republik am 31. Januar 2002

Ukraine am 4. April 2002

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 16. Mai 2001 (BGBl. II S. 616).

Berlin, den 18. Juli 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

*) Anm. d. Übers.: Das „and“ nach „compatibly“ ist offenbar ein Zitierfehler (vgl. BGBl. 1972 II S. 30) und wurde ignoriert.

**Bekanntmachung
des Abkommens
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Southern Africa Development Community (SADC)
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 23. Juli 2002

Das in Gaborone/Südafrika am 24. Juni 2002 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Southern African Development Community über Finanzielle Zusammenarbeit (Transnationale Naturschutzgebiete in der SADC-Region) ist nach seinem Artikel 5

am 24. Juni 2002

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. Juli 2002

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Prof. Dr. Michael Bohnet

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Southern Africa Development Community
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Transnationale Naturschutzgebiete in der SADC-Region)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Southern African Development Community –

unter Bezugnahme auf die Verhandlungen vom 19. und
20. Oktober 2000 –

sind wie folgt übereingekommen:

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Southern
African Development Community,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch part-
nerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehun-
gen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
der SADC-Region beizutragen,

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Southern Africa Development Community (SADC), von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von bis zu insgesamt 12 000 000,- DM (in Worten: zwölf Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 6 135 502,57) für das Vorhaben „Transnationale Naturschutzgebiete in der SADC-Region“ zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass es als Vorhaben des Umweltschutzes die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der SADC durch andere Vorhaben ersetzt werden, sofern diese als Vorhaben des Umweltschutzes die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der SADC zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt. Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Finanzierungsvertrag geschlos-

sen wurde. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2008.

Artikel 3

Die SADC sorgt dafür, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben freigestellt wird, die im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags erhoben wird.

Artikel 4

Die SADC überlässt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Gaborone am 24. Juni 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Irene Hinrichsen

Für das Sekretariat der Southern Africa Development Community
Dr. Prega Ramsamy

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Gemeinschaftsproduktion von Kinofilmen

Vom 24. Juli 2002

Das Europäische Übereinkommen vom 2. Oktober 1992 über die Gemeinschaftsproduktion von Kinofilmen (BGBl. 1994 II S. 3566) ist nach seinem Artikel 17 Abs. 2 für

Rumänien am 1. Juli 2002
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 29. April 2002 (BGBl. II S. 1437).

Berlin, den 24. Juli 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,70 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Allgemeinen Abkommens
über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates sowie
des Zusatzprotokolls zu diesem Abkommen**

Vom 24. Juli 2002

Das Allgemeine Abkommen vom 2. September 1949 über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates und das Zusatzprotokoll vom 6. November 1952 zu diesem Abkommen (BGBl. 1954 II S. 493, 501; 1957 II S. 261) sind nach Artikel 7 Abs. d Ziffer ii des Zusatzprotokolls für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Aserbaidschan am 16. Januar 2002.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 8. August 2001 (BGBl. II S. 905).

Berlin, den 24. Juli 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg